

E-POLITICS

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seitdem das Internet Mitte der 1990er-Jahren einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist, ist die Rede davon, dass dies einen ähnlichen dramatischen gesellschaftlichen Umbruch zur Folge haben würde wie einst die Erfindung des Buchdrucks – diesmal allerdings viel schneller und global. Aufbauend auf diesem historischen Vergleich wird die Frage diskutiert, ob das Internet Prozesse einer gesellschaftlichen Demokratisierung begünstigt, weil Individuen in kürzerer Zeit an mehr und unzensurierte Informationen gelangen.

Dass frei verfügbare Informationen für autokratische Regimes die grösste Gefahr darstellen, ist weitgehend bekannt. Und dass das Web 2.0 mit Facebook und Twitter nicht nur zur Veröffentlichung von Partybildern und anderen Alltäglichkeiten dient, hat sich allerspätestens mit dem arabischen Frühling gezeigt, wobei Medienwissenschaftler und Politologinnen darüber spekulieren, ob Social Media diese Mobilisierung tatsächlich evoziert oder nur beschleunigt haben. Tatsache hingegen ist, dass die neuen Kommunikationsmedien das Geschehen im politischen Feld verändern. Mit der Piraten-Partei sind etwa gar partikuläre Online-Interessen in der institutionellen Politik vertreten.

Wie wird sich dies in Zukunft verhalten? Wird das Web 2.0 zu mehr politischer Partizipation führen und mehr Wähler mobilisieren? Stephan Eisel zweifelt in seinem Beitrag an der Demokratisierungsthese. Eisel, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und Leiter des Projektes «Bürgerbeteiligung» der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertritt die Ansicht, dass das Internet keine weiteren Wählerpotentiale mobilisiert, sondern in erster Linie den Diskurs unter den eh schon Interessierten fördert. Die politischen Diskussionen werden damit also in selbstreferenzielle Sphären geführt. Der politische Stammtisch wird in den virtuellen Raum verlagert, aber ohne zu wachsen.

Dass das Thema E-Politics mehr ist als ein parteipolitisches Geschehen, zeigt Gottfried Boehm in seinem Beitrag über die Ikonenhaftigkeit der Bilder von 09/11. Die Bilder eröffnen, so der Kunsthistoriker Boehm, trotz ihrer grausamen Schönheit Raum für Assoziation und Reflexion. Das medial reproduzierte Bild führt also nicht zur Wahrheit, sondern bringt erst verschiedene «Wahrheiten» hervor – etwa die zahlreichen Verschwörungstheorien nach 09/11. Es gilt also die pragmatische Prämisse von William James: «Die Wahrheit *existiert* nicht, sie *gilt*, sie *behauptet sich*». Dieses «Gelten» und «Sich behaupten» findet vermehrt in virtuellen Sphären statt. Insofern trägt das Web 2.0 zur Bildung von politischen Meinungen und Weltbildern bei.

Auf die Gefahren, die dies mit sich bringt, weist die Politologin Regula Stämpfli hin, die als Bloggerin von Brüssel aus das Schweizer Politgeschehen kommentiert. Gerade im Web 2.0, so Stämpfli, wird das politische Geschehen oftmals mit Rankings dargestellt. So wird eine politische «Objektivität» und gar «Wahrheit» konstruiert. Politik brauche aber Reflexion und einen grossen Spiel- und Deutungsraum, dem man mit eindimensionalen Mathematisierungen, mit Simplifizierungen und Logarithmen nicht gerecht werden könne.

Ich wünsche Ihnen deshalb umso mehr Reflexion bei der Lektüre dieses auf Papier gedruckten Bulletins.

Francis Müller

INHALT

- 1 **Editorial**
- 3 **Zur Poesie von Logarithmen und dem begehrenden Pixelblick:
Die vielen Facetten der E-Democracy** | Regula Stämpfli
- 7 **Internet in autokratischen Zeiten – Demokratisierungstool?** | Janine Maier
- 12 **Die Selbstüberschätzung politischer Internet-Utopien** | Stephan Eisel
- 19 **Staatlichkeit im Netz: Was würde Machiavelli heute raten?** | Philipp Müller
- 22 **Die Macht der Bilder** | Gottfried Boehm
- 25 **Rückwirkend bis in alle Ewigkeit** | Daniel Stanislaus Martel
- 30 **Abstracts**
- 32 **News, Publikationen und Studien**
- 34 **Veranstaltungen**

ZUR POESIE VON LOGARITHMEN UND DEM BEGEHRENDEN PIXELBLICK: DIE VIELEN FACETTEN DER E-DEMOCRACY

Die E-Democracy transformiert das politische Geschehen. Einerseits begünstigt sie Partizipation und Demokratisierung: User verändern das politische Setting bis hin zur Revolution, was die jüngere Vergangenheit gezeigt hat. Zugleich besteht die Gefahr eines Reduktionismus, bei dem das politische Geschehen nicht mehr verstanden, sondern nur noch vermessen, mit Zahlen, Logiken, Ranglisten und numerischen Kombinationen dargestellt wird, was einem Verlust der realen Welt gleichkommt. Die These der Autorin: Die Userin muss zur Bürgerin werden.

Keywords: Demokratisierung, E-Democracy, Macht, Medien, Partizipation, Politik, Revolution, User

Regula Stämpfli

Von älteren Freunden kenne ich die Erzählungen, wie sie mit ihrem Vater jeweils sonntags entweder zur Kirche oder zur Urne gingen. Diese Sinnlichkeit einer Welt, in welcher Werte geübt und Demokratie gelebt werden kann, war schon in meiner Generation eher die Ausnahme (vgl. Stämpfli 2003). Der Glaube wanderte aus der Kirche in die Labore und die Politik von der Urne via Fernsehen direkt ins Wohnzimmer (vgl. Mayer 2003). Vom Wohnzimmer verlegte sich die Politik in den letzten 20 Jahren dann in die Logarithmen oder praktisch gesagt: Die Parlamentsdebatten werden nicht mehr verstanden, sondern nur noch vermessen. Smartevote oder Demoskopie-Demokratie nennt sich dieser Vorgang, der mit Demokratie ungefähr ebensoviel zu tun hat wie die Beschaffenheit einer Mundorgel mit der Poetik einer Mozartsymphonie (vgl. Stämpfli 2008).

Verlust der Welt

Hannah Arendt nennt dies den Verlust der Welt. Sie meint damit den Verlust der realen, sinnlich erfahrbaren Welt, die zugunsten einer rational herleitbaren Welt wegdefiniert wird. Eine meiner Lieblingspassagen in ihrer «Vita activa» lautet: «Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind. Wären wir töricht genug, auf die von allen Seiten neuerdings erteilten Ratschläge zu hören und uns dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaften anzupassen, so bliebe uns nichts anderes übrig, als auf das Sprechen überhaupt zu verzichten. Denn die Wissenschaften reden heute in einer mathematischen Symbolsprache, die ursprünglich nur als Abkürzung für Gesprochenes gemeint war, sich aber hiervon längst emanzipiert hat und aus Formeln besteht, die sich auf keine Weise zurück in Gesprochenes verwandeln lassen. Die Wissenschaftler leben also bereits in einer sprachlosen Welt, aus der sie qua Wissenschaftler nicht mehr herausfinden. Und dieser Tatbe-

stand muss, was politische Urteilsfähigkeit betrifft, ein gewisses Misstrauen erregen» (2002: 11).

E-Democracy zieht ihre Kraft aus der Umwandlung von Deutungen in Zahlen, Logiken, festlegbaren Abläufen. Sie hat enormes Potential, sie leidet aber unter einem Grundwiderspruch: Logarithmen eignen sich rein von ihrer Beschaffenheit nicht für politische Debatten, welche ihrerseits aber für die Demokratie konstitutiv sind. Politik braucht neben Institutionen, Fakten, Kombinationen einen grossen Spiel- und Deutungsraum. Für die Demokratie ist die umschleichende Zärtlichkeit der Hermeneutik geradezu Lebenselixier. Dieses wird indessen durch die Sprachen und Zeichen der Mathematik, der Maschinen-Programmierer stark begrenzt. Den klugen unter den Programmierern ist dies längst klar (vgl. Lanier 2010). Denn die Sprache und die Zeichen der Mathematik sind nur in einem weit hergeholteten, metaphorischen Sinne Sprache und Zeichen. In der Wirklichkeit sind sie lediglich eine Spielart der reduktionistischen Möglichkeiten einer äusserst komplexen und vielfältigen Welt. Gefährlich wird es für Menschen und Demokratie dann, wenn diese eine, unspielerische, phantasievolle Uniform-Art, Komplexität nicht nur reduzieren, sondern sie ganz aus der Welt schaffen will. Das augenfälligste Beispiel solcher Prozesse ist die aus der Webseitenlogik stammende Branding-Manie aller westlichen Staaten. Demokratien geben sich aufgrund der hohen Vernetzung, der Reduktion des Öffentlichen auf Privates, der Verschiebung von Miteinander zum Wettbewerb, eine Marke (vgl. Stämpfli 2010a: 265ff.). Sie reduzieren die Demokratie auf ein Tastenverhältnis, auf numerische Kombinationen. Das klingt dann wie es Angela Merkel im «stern» vom 1. September 2011 formulierte: «Kernenergie ist nicht unser Markenkern, Wehrpflicht ist nicht unser Markenkern. Unser Markenkern ist Freiheit in Verantwortung.»

Tina Piazzì und Stefan Seydel bringen das komplexe Verhältnis von Zahl und Sprache auf den Punkt: «Es hat sich gezeigt, dass sich die Zeichen der Schrift noch viel konsequenter analysieren, reduzieren und maschinisieren lassen. Auf ganze zwei Ziffern. Null und Eins. Genauer: Auf ganze zwei Zahlen. 0/1. Besser: Auf ganze zwei «Zustände». Nicht/Strom» (2011: 33). Soweit also die eine Botschaft, wenn wir uns mit neuen Medien und deren Auswirkungen auf die Politik, auf die Bilder, die Sprache und auf die Narrative der Demokratie beschäftigen.

Das Material spricht

Die andere Botschaft indessen ist, dass Logarithmen in den Händen, Köpfen und Ideen von Menschen Formen kreieren, die alle überraschen. Die passierte im arabischen Frühling 2011. Die arabischen Revolutionen überraschen in ihrer Heftigkeit alle Experten, die vor lauter Theorien gegenüber dem Rauschen der realen Welt taub waren. Es war allen denkenden und im Netz unterwegs seienden Menschen klar, dass die globalisierte Handelswelt in der arabischen Welt, verknüpft mit der unmenschlichen Gewinnmaximierung einer schmalen Elite, früher oder später zu einer Explosion führen musste. Erstaunlich war höchstens, wie lange dieser Emanzipationsprozess der arabischen Menschen dauerte. Erstaunlich bleibt, dass sich die Ungleichheiten ohne die technischen Revolutionen wohl weiter hätten halten können. Das Material, spricht die sozialen Netzwerke, also die technischen Revolutionen begannen regelrecht zu sprechen und zu demonstrieren. Dies im Unterschied zur herrschenden und falschen Expertenmeinung «Power-Shift or Media-Shift?» (Müller 2011), die alle technischen Revolutionen oder auch Social Media lediglich als lineare Schritte hin zur Moderne interpretieren. Das Material so laut und deutlich spricht, das ist neu. Es ist auch höchste Zeit, mal genau hinzuhören.

Es ist paradox. Allein das Netz macht eine Gleichheit der Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Rasse, Geschlecht und Alter möglich. Das ist die grosse Chance, das ist gleichzeitig auch die Crux an der Geschichte. Denn sobald sich das Netz die Mobilisierung vom virtuellen Raum auf die Strasse verlagert, reagieren die klassischen Medien ausschliesslich auf die Materialität und sicher nicht auf die Idee dahinter, die das Netz antreibt. Wer Kategorien denkerisch und kommunikativ sprengt, in diesen jedoch in der Wirklichkeit gefangen gehalten wird, konstruiert Formen der Unruhe, die auch von Zukunftsforschern noch nicht beschrieben werden können.

Manifestation des Virtuellen

Was gegenwärtig in der arabischen Welt, in Madrid, Rom, London, Tel Aviv etc. passiert, ist die Vernetzung und das Gespräch unter vielen mit der Technik und umgekehrt. Facebook, Twitter, Skype, YouTube, Google et al beginnen in den sie kommunizierenden

Menschen selber zu dichten, zu handeln und sich zu manifestieren. Sie zeigen sich in der realen Welt mit realen Menschen. Die Friedlichkeit der Menschen beispielsweise in Kairo, die unter Plünderungen litten, die vom Regime initiiert wurden, um das Land in Chaos und Anarchie zu ertränken, sind Ausdruck der positiven Seite von Social Networks, die es häufiger gibt als das Mobbing. Nur berichten die Mainstreammedien selten darüber.¹ Dabei widerspiegeln die technischen Entwicklungen den grossen, von den Mainstreammedien verneinten Willen der Menschen nach Kommunikation miteinander statt gegeneinander.

Wer sich in Blogs, Twitter und Facebook bewegt, bewegt nicht nur die Netzwerke, sondern auch sich selbst. Das Wagnis der Öffentlichkeit, das viele Menschen scheuen, weil sie anderen Menschen nicht trauen und ja, weil sie die ständig diffamierenden Blog-Einträge über ihre Person nur mit Mut und Kraft ertragen², wird durch die Erfahrung des gegenseitigen Austauschs mit unterschiedlichsten Menschen längst kompensiert. Das passiert nun fast überall auf Erden. Ja. Die Welt verändert sich vor unseren Augen. Laut Tina Piazzì und Stefan Seydel gibt es einen Weg, mit diesen Veränderungen umzugehen: «Lasst das Material sprechen. (...) Aus allen Teilen der Welt kommen wittgensteinsche Sprachfamilien zu Besuch und wir organisieren ihnen ausgedehnte Spiele: Beobachtungsspiele. Nein: Das macht uns nicht handlungsunfähig. Ganz im Gegenteil.» Die gegenwärtigen und künftigen Unruhen zeigen uns genau, wie sich die Diskurse zu Dialogen und wie sich Dialoge zu eigentlichen Revolutionen verwandeln können.

Beide Botschaften belegen, dass die Zeiten der technischen Revolutionen immer auch Zeiten sozialer, das heisst damit auch menschlicher Revolutionen darstellen. So äussert sich der arabische Frühling zunächst in den technischen Möglichkeiten und wir sind alle gespannt, ob es der Protestbewegung, der es im Wesentlichen um das Programm der französischen Aufklärung geht, gelingt, diesem technischen Spielraum auch eine demokratische Erzählung hinzuzufügen. Wie wir jedoch anhand der sozialen und kriminellen Aufstände in Grossbritannien gesehen haben, entsprechen die technischen Revolutionen nicht nur dem Ruf nach mehr Demokratie, sondern dem Ruf nach mehr Konsumgüterbeteiligung. Im Finanzsektor entsprechen die technischen Revolutionen dem Ruf nach grösserer Machtkonzentration, milliarden-schweren Poker und intransparenter Machtratings.

1 So war es schockierend, wie der Aufmarsch einer halben Million junger Israeli am 3. September 2011 keine einzige internationale Schlagzeile hervorbrachte, während beispielsweise ein feiger Bombenanschlag uns in riesigen Lettern, wenn möglich mit dem Bild des feigen Mörders, entgegenschrie.

2 Die Autorin weiss wovon sie schreibt. Sie ist regelmässig im Fokus rechtspopulistischer, antifeministischer oder schlicht dummdoofer Hetzgruppen, die aber nicht zuletzt dank Social media nicht so laut sprechen können, wie sie es in konzentrierter Form versuchen.

Wie gesagt: Das Material beginnt zu sprechen. Dies auf unterschiedlichste Weise, aber immer gleichzeitig. Klar doch: Die neuen Medien bringen neue Formen, Kommunikationen, Verdinglichungen, Fixierungen und Sprengungen in den privaten und in den öffentlichen Raum. Die Gefahren der Tyrannei der Intimität, der Pornografisierung des Alltags, der Atomisierung der kleinkindlichen und damit spätmenschlichen Denkstrukturen, des Mobbing, der Blogs als Klowandgraffiti, der Mobilisierung einer «Deindividuation» etc. sind bekannt. Sie werden von den amtierenden Politikern und Politikerinnen aber in ihrer Tragweite nicht erkannt und vor allem nicht diskutiert. Das tut die Community, die deshalb in Zukunft auch ganz andere Politikerinnen, Formen und Aktionen wählen wird, um den Gefahren durch das Netz ohne Zensur und Obrigkeitshandhabung, beizukommen.

Userin und Bürgerin

Setzen wir «Bürgerin» mal dem Begriff des Users gleich. User verstehen was von Programmen (was man von Politikern nicht behaupten kann). User tun mit der Politik genau das, was sie sich gewohnt sind: Sie ändern das Setting, wenden Variationen an, loggen in, ein und durch, erfinden neue Players oder gar Games. Diese können dann «Spanish Revolution», «London burning» oder «Tripolis forsaken» heissen. Auf die Demokratie übertragen: Viele digitale Subjekte verabschieden sich deshalb gerne von den etwas abstrusen einengenden, national bestimmten, realen Rahmenbedingungen, die uns die gegenwärtigen Demokratien setzen. User loggen sich nicht mit einer Postkarte in Google+ ein. User wählen auch nicht mehr unbedingt per Stimmzettel, sie stimmen nicht mehr ab, es sei denn via Klick und sie sind trotzdem so politisch aufgeladen wie kaum eine Generation vor ihr. User können sogar eine Revolution anzetteln. Die Frage für die Zukunft bleibt: Können sie dies auch ohne Strom, das heisst ohne die klassischen Macht- und Beteiligungsverhältnisse? Anders gefragt: Welche realen und virtuellen Schritte muss die Userin auf dem Weg zur Bürgerin noch leisten?

Die meisten User können sich schon jetzt, wenn sie dies wollen, aus irgendeinem Winkel der Welt politisieren. Auslandschweizerinnen können sogar digital wählen und abstimmen. Ich übe mein Bürgerrecht aus, egal wo ich lebe. User können Revolutionen unterstützen, was konkret im Iran, in Jemen und in Saudi-Arabien passiert: Hier melden sich politisch engagierte Kräfte, die keine Bürger sind, ja oft sogar im Ausland leben und dennoch die Politik in ihrer Heimat stark beeinflussen. Tragisch an der Geschichte ist, dass im Netz schon vieles möglich ist, was real nie gelebt werden kann: Menschenrechte, Kompetenz und Freiheit. Da sind die realen Machtverhältnisse immer noch entscheidender als die virtuellen Vorstellungsmöglichkeiten. Welche Bastille sollen wir Facebookler, Googlerinnen und Twitterer denn eigentlich

stürmen? Wie transformiert man Algorithmen?

Trotz dieser Einschränkung werden die Chancen der neuen Medien unterschätzt. Neue Konzeptionen, demokratische Partizipationsmodelle und politische Transformation finden heutzutage vorwiegend im Netz statt. Die Universitäten haben den Anschluss an die Debatten längst verpasst, weil sie sich bezüglich Verknüpfung der technischen Revolutionen mit gesellschaftlichen, finanziellen, kulturellen und politischen Fragen in etwa so verhalten wie die Programme gegenüber den Usern; in festgefahrenen Bahnen also. So lachte ich mich kürzlich krumm, als mich ausgerechnet ein junger Politologieprofessor etwas schnippisch fragte: «Weshalb gibst Du eigentlich immer Kommentare zur Schweizer Politik ab, Du lebst doch in Brüssel?» Ihm ist nicht klar, dass ich nicht nur in Brüssel, sondern im Netz fast auf der ganzen Welt, in unterschiedlichen Berufen und Themen zuhause bin. Weshalb sollte ein Zürcher mehr von Genf verstehen als eine Pariserin, die von Genf ungefähr ebensoweit weg wohnt? Beide verstehen von Genf etwas, wenn sie sich mit Genf als Ort, als Kultur, als Mensch vernetzen. Da spielt nicht die Biologie, die Geografie, sondern das reale und virtuelle Interesse die entscheidende Rolle.

Lern hacken!

Die meisten traditionellen Institutionen haben noch nicht begriffen, dass wir nicht nur mit Maschinen, sondern dass wir es teilweise mit sprechenden Maschinen zu tun haben, deren Sprache zwar in Zahlen festgelegt, dadurch indessen global sind. «Zahlen sprechen alle Fremdsprachen» (Stämpfli 2010b: 15). Ich empfehle deshalb nicht nur meinen Kindern, sondern allen demokratisch engagierten Bürgern und Bürgerinnen, programmieren und hacken (was grundsätzlich dasselbe ist) zu lernen. Denn den Marsch durch die Institutionen konnte sich Joschka Fischer noch in Turnschuhen erlaufen, heutzutage und in Zukunft braucht es dafür die Poesie der Zahlenkombinationen und einen begehrenden Pixelblick. Und, ja klar: Eine Sprache, die diesen Begriff noch verdient. Das heisst, ein Sinn für Relationen, ein menschliches Urteilsvermögen und der menschliche Wille zur Gestaltung.



Regula Stämpfli

Die Berner Politologin Dr. Regula Stämpfli lebt und arbeitet als selbständige Unternehmerin in Brüssel, in Deutschland, in Frankreich und in der Schweiz. Regula Stämpfli ist zudem unabhängige Expertin bei der EU-Kommission im Rahmen des Cordis-Programmes, lehrt an diversen schweizerischen und europäischen Fachhochschulen Design, Medientheorie und politische Philosophie. Ihre Mandate bei öffentlichen Institutionen und Stiftungen sind unter www.regulastaempfli.ch einsehbar.

Quellen

Arendt, Hannah (2002): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München: Piper.

Lanier, Jaron (2010): You are not a Gadget: A Manifesto. Los Angeles: Knopf. Siehe dazu auch: <http://www.youtube.com/watch?v=T5JZFxrllY>

Mayer, Thomas: Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie, in: http://www.bpb.de/publikationen/B49BYV,1,0,Die_Theatralit%E4t_der_Politik_in_der_Mediendemokratie.html, B53/2003.

Philipp Müller (2011): <http://www.philippmueller.de/power-shift-or-media-shift-framing-the-revolutions-in-iran-tunisia-and-egypt/>

Piazzì, Tina/Seydel, Stefan M./rebell tv. AG (2011): Die Form der Unruhe, Hamburg: Junius.

Stämpfli, Regula (2003): Vom Stummbürger zum Stimmbürger, Das ABC der Schweizer Politik, Zürich: Orell Füssli.

Stämpfli, Regula (2008): Die Macht des richtigen Friseurs. Über Bilder, Medien und Frauen, Brüssel: Bartleby & Co.

Stämpfli, Regula (2010a): Interview zu Nation Branding, in: van der Velden, Daniel: Metahaven: Uncorporate Identity. Baden: Lars Müller Publishers.

Stämpfli Regula (2010b): Aussen Prada - Innen leer?, Brüssel.

INTERNET IN AUTOKRATISCHEN STAATEN – DEMOKRATISIERUNGSTOOL?

Cyberoptimisten setzen grosse Hoffnung in das Internet: In Demokratien soll es das System stärken, in repressiven Staaten die Demokratie einführen. Der Text erläutert, wie die Erwartungen für Letzteres begründet sind und geht auf die Möglichkeiten ein, die das Internet den Bürgern von autokratischen Staaten bietet. Der Schwerpunkt liegt bei der Nutzung des Internets durch Oppositionsgruppen in arabischen Staaten, was am Beispiel von Ägypten dargestellt wird.

Keywords: Ägypten, Arabischer Frühling, Autokratische Regimes, Freiheit, Internet, Menschenrechte

Janine Maier

Cyberoptimisten

Als Mitte der 1990er-Jahre das Internet verbreitet genutzt wurde, entstanden grosse Hoffnungen: Das neue Medium sollte – zusammengefasst – das politische Gesicht der Welt grundlegend verändern und die Demokratie verbreiten und stärken. Viele dieser ersten so genannten Cyberoptimisten waren in irgendeiner Weise an der Entwicklung des Internets selbst beteiligt und während manche ihrer Erwartungen zu hoch, ja gar illusorisch waren und verworfen werden mussten, so ist die zu Grunde liegende Theorie, dass das Internet demokratisierend wirken kann, immer noch hochaktuell. Bereits 1995 pries Nicholas Negroponte vier Vorteile, die das Internet mit sich bringt: Dezentralisierung, Globalisierung, Harmonisierung und Ermächtigung der Bürger. Da die Kinder heutzutage mit dem Internet aufwachsen, – so Negropontes These – können sie geografische Hindernisse überwinden und sind somit offener für andere Kulturen und Gesellschaften. Die schnelle und weite Verbreitung des Mediums schliesst gemäss Negroponte die Kluft zwischen «Informations-Reichen» und «Informations-Armen» und ermächtigt das Volk, währenddem die Elite Macht einbüsst.

Negroponte geht davon aus, dass das Internet in demokratischen wie auch in autokratischen Staaten die Zivilgesellschaft und die Demokratie stärkt, da der Grad an Informiertheit und die Partizipation der Bürger steigt und benachteiligte Oppositionsgruppen von den tiefen Transaktionskosten profitieren können. Nach Negroponte trägt das Internet zwischenstaatlich zur Förderung der Menschenrechte und der Entwicklungszusammenarbeit bei. Dies führt seiner Ansicht nach dazu, dass die Welt in Zukunft zu einem friedlichen Ort wird, in dem die traditionelle Elite an Macht verliert und das Volk an Macht gewinnt. Der Triumphzug der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie hat gemäss Negroponte bereits begonnen und wird in den kommenden Jahren noch gestärkt werden (Negroponte 1995).

Negroponte hat als einer der ersten Cyberoptimisten grundlegende Theorien zur positiven Wirkung des Internets auf die politische Welt aufgestellt. Der illusorische Teil seiner Erwartungen – wie etwa die baldige Demokratisierung der ganzen Welt und der damit einhergehende Weltfrieden – fand natürlich keine empirische Bestätigung, aber sie wurden durch die Forschung relativiert und es folgten daraus realistische Theorien. Auf Grund der frühen Einführung und Nutzung des Internets waren lange Zeit die demokratischen Industriestaaten Forschungsobjekt. In den letzten Jahren zeigten sich jedoch die grossen Auswirkungen, die das Internet in autokratischen Staaten haben kann, weshalb auch in dieser Richtung vermehrt geforscht wird. Besonders umfassend ist die Forschung von Pippa Norris: Ein Schwerpunkt ihrer Forschung liegt auf den demokratisierenden Möglichkeiten, die das Internet den Bürgern von autokratischen Staaten eröffnet.

Internet in autokratischen Staaten

Die dezentrale Struktur des Internets bringt vor allem Oppositionsgruppen Vorteile, da sie dadurch auch abgelegene Regionen erreichen und sich untereinander mit nur wenig Aufwand und Kosten organisieren können. Im Vergleich zum Fernsehen, Radio oder Zeitung, welche sogenannte Few-to-Many-Medien sind, ist das Internet ein Many-to-Many-Medium: Inhalte können konsumiert und geändert werden und Interaktionen von vielen Personen sind einfach möglich. Weiter sind der dezentrale Aufbau und die Geschwindigkeit, mit der Inhalte übertragen und an diversen Orten gespeichert werden können Gründe dafür, dass Inhalte im World Wide Web für die Regierung schwer zu zensieren und zu kontrollieren sind. Auf Grund der globalen Vernetzung gibt es des Weiteren auch viele Schlupflöcher, um Hindernisse der Regierung zu umgehen. Den Bürgern autokratischer, repressiver Staaten steht nun mit dem Internet eine Informationsplattform offen, die

nicht mehr nur die regierungsfreundliche Version wiedergibt, sondern demjenigen, der sich dafür interessiert, pluralistische Informationen zur Verfügung stellen kann. Besonders profitieren können kleine, weit verstreute und fraktionierte Gruppen, da das Internet die Organisationskosten senken kann. Cyberoptimisten der zweiten Generation sind sich einig, dass diese demokratisierenden Effekte jedoch nur spielen können, wenn die Verbreitung des Internets weiter zunimmt, und nicht ein Teil der Bevölkerung methodisch von der Nutzung ausgeschlossen wird (Norris 2001).

Obwohl die Entwicklungs- und Schwellenländer noch weit hinter den Industriestaaten zurückliegen, holen sie immer schneller auf und auch in repressiven Regimen vergrössert sich die Zahl der Nutzer. Dasselbe Muster zeigte sich auch bei der Einführung anderer Medien und Kommunikationsmittel im letzten Jahrhundert und deren heutige umfassende Verbreitung gibt Anlass zur Annahme, dass für das Internet Ähnliches erwartet werden kann. Beispielsweise liegt der Weltdurchschnitt von Mobiltelefonabonnements pro 100 Einwohner bei 78, wobei die Verbreitung in den Entwicklungsländern ca. 70 von 100 Einwohner beträgt (ITU 2011). Wenn eine so hohe Verbreitung in den Entwicklungs- und Schwellenländern auch für das Internet erreicht werden kann, kann dies ein wichtiges und einflussreiches Tool für die demokratische Opposition in autokratischen Staaten darstellen: Schon heute hat das Internet die Demokratisierung in autokratischen Staaten – speziell in der arabischen Region – grundlegend mitgeprägt. Projekte wie «One Laptop Per Child», welches von Nicholas Negroponte ins Leben gerufen wurde, fördern die Fähigkeiten zur Computernutzung und die Verbreitung, indem sie Kinder in Entwicklungsstaaten günstige Laptops zur Verfügung stellen. Dieses erfolgreiche Projekt läuft erst wenige Jahre und wurde bisher vor allem in Südamerika umgesetzt. In weiteren Staaten wie zum Beispiel in Afghanistan oder Äthiopien ist das Programm erst gestartet. Wenn Projekte dieser Art fortgesetzt werden, trägt dies weiter zur grösseren und schnelleren Verbreitung des Internets bei (OLPC 2011). Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass auch mit einer hohen Verbreitung nur diejenigen Individuen von den politischen Möglichkeiten profitieren, welche sich auch dafür interessieren. Studien in OECD-Ländern haben gezeigt, dass das Internet politisch uninteressierte Individuen nicht aktivieren kann. Wo kein Interesse vorhanden ist, wird das Internet auch nicht für politische Zwecke genutzt (Norris 2001).

Internet in arabischen Staaten

Autokratische Regierungen in den arabischen Staaten haben das Internet wohl eingeführt und auch verbreitet, es herrschen jedoch strenge Pressegesetze oder die Nutzer werden durch glaubhafte

Androhung von Verhaftung und Inhaftierung zur Selbstzensur gezwungen. Weiter werden auch Inhalte zensiert, Webseiten blockiert und auch Angriffe von Hackern der Regierung auf Webseiten der Opposition sind kein Einzelfall. Die Staaten Syrien und Ägypten beispielsweise sind beide auf der Liste der «Internetfeinde», welche von der Organisation Reporters sans Frontières erstellt wird. Die beiden Staaten unterscheiden sich stark im Umgang mit dem Internet: Während sich Ägypten hauptsächlich auf die Selbstzensur der Nutzer fokussiert, hat Syrien zusätzlich starke Regulationen eingeführt, wie zum Beispiel das Blockieren verschiedenster Webseiten. Ägypten verfügt über eine grosse und lebendige Blogger-Gemeinschaft, während in Syrien Seiten von Web 2.0-Applikationen wie Maktoob oder BlogSpot gänzlich blockiert sind. Facebook und Twitter werden in Syrien erst seit Februar 2011 nicht mehr geblockt, obwohl der Zensurversuch ohnehin wenig erfolgreich war (RSF 2010a,b,c; RSF 2011). Die Angst vor der Schwächung der Elite und der Demokratisierung kann aber bei handelsorientierten Staaten auch geringer sein als die Angst vor Nachteilen, welche sie ihrem Handelsplatz zumuten. In Malaysia zum Beispiel wurden die Restriktionen stark gelockert, um Investoren aus Industrieländern nicht abzuschrecken (vgl. McDaniel 2002, Guillén und Suárez 2005).

Einige der erdölexportierenden Staaten werden sich dieser Entscheidung schon in wenigen Jahren ebenfalls stellen müssen, sobald sie auf alternative Einnahmequellen angewiesen sein werden. In sehr restriktiven Staaten wie zum Beispiel Saudi-Arabien, kann das Internet auch eine neue Plattform für die Bürger darstellen, welche offline nicht möglich ist: Da es Frauen in Saudi-Arabien auf Grund der Geschlechtertrennung mit wenigen Ausnahmen nicht erlaubt ist, am selben Arbeitsplatz wie Männer zu arbeiten, bietet das Internet beispielsweise eine Chance auf mehr Freiheit für die Frauen (Freedom House 2010, Sussmann 2000).

Zensur

Die Forschung, welche das Internet hervorbrachte, hatte das Ziel ein Informationssystem zu erschaffen, welches weniger anfällig auf äussere Anschläge ist und sogar einen Atomkrieg überstehen kann. Von Beginn an hat es also eine dezentrale Struktur des Internets gegeben (Norris 2001, Berners-Lee 2000, Hafner & Lyon 1996). Durch die geringen Informationskosten und die schnelle Verbreitung können sich Gruppen über grosse Distanzen organisieren und austauschen und einmal online gestellte Inhalte können innerhalb von Sekunden auf verschiedenen Servern gespeichert werden. Auch die cleversten Kontrollmechanismen der Regierung können umgangen werden, wobei die dadurch häufig nötige Aktualisierung dieser Kontrollinstrumente hohe

Kosten für die Regierung mit sich bringt. Sehr wirkungsvoll ist hingegen die glaubwürdige Androhung von Verhaftung und Inhaftierung, um die Selbstzensur hoch zu halten. In Ägypten werden beispielsweise kaum Webseiten blockiert. Obwohl in der ägyptischen Verfassung die Meinungs- und Pressefreiheit garantiert wird, wird ebenfalls festgesetzt, dass diese Rechte eingeschränkt werden können, wenn sich der Staat im Ausnahmezustand befindet, was seit 1967 der Fall ist. Medienbeiträge aller Art, die das Regierungsoberhaupt, das Militär, die Religion oder das Land kritisieren, können unter diesem Ausnahmegesetz zensiert und die Verantwortlichen dafür bestraft werden. Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, mit denen die Regierung Mubarak Exempel statuierte, schufen seit Jahren eine Kultur der Selbstzensur (Sakr 2008). Aktivisten oder Journalisten, die sich an sensible Themen wagten, berichteten verschiedentlich von «freundlichen» Anrufen, die sie von Geheimdienst, Militär oder Polizei erhalten hatten. Seitdem die militärische Übergangsregierung an der Macht ist, hat sich in Bezug darauf wenig verändert: Kritik am Militär führt weiterhin zu willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen. Trotz dieser Hindernisse sind jedoch Blogs und Web 2.0-Applikationen wie Facebook in Ägypten weit verbreitet und dienen vor allem jungen Ägyptern als Plattform des Austausches und werden auch rege politisch genutzt (FreedomHouse: Freedom on the Net: Egypt 2011).

Um festzustellen, ob das Internet einen Einfluss auf die Politik hat, reicht es nicht, nur die Partizipation der Nutzer zu messen, wie es oft in Studien angewandt wurde. Wie Norris gut begründet, sind auch die zivilen und politischen Freiheiten ein wesentlicher Punkt, sowie als drittes der pluralistische Wettbewerb. Gerade in repressiven Staaten sind die letzteren beiden Punkte wichtiger, während bei der Partizipation vor allem die Information der Bürger relevant ist.

Partizipation und Information

Partizipation beinhaltet die Wahl von Parteien und Repräsentanten durch faire, freie und periodische Wahlen. Um am politischen Prozess teilnehmen zu können, müssen den Bürgern freie Informationen zur Verfügung stehen, damit sie sich eine Meinung bilden und diese vertreten können. Das Internet kann, wie bereits dargelegt, die Partizipation durch die tieferen Informationskosten für die Meinungsbildung, durch die Möglichkeit des Austausches untereinander und auch zum Beispiel in demokratischen Staaten direkt durch die Bereitstellung von Online-Voting-Tools erleichtern. Die Partizipation ist jedoch nicht nur durch die Möglichkeit bedingt, sondern auch durch die Motivation. Ein grosser Teil der politisch aktiven Individuen informiert sich bereits ohne das Internet. Das Medium bringt also besonders da

einen Vorteil, wo Nutzer zwar Interesse an der Politik haben, dies jedoch nicht so gross ist, um die hohen Kosten der Offline-Welt zu überwinden. Gerade in repressiven Staaten sind die Transaktions- und Informationskosten ausserhalb des Internets sehr hoch, was viele Interessierte vom Teilnehmen abhält (Norris 2001, Verba, Schlozman und Brady 1995, DiMaggio et al. 2001). Die Mühen, die man auf sich nehmen muss, um sich im Internet zu informieren und aktiv zu sein, sind bereits bedeutend geringer als beispielsweise jene, die beim Versuch eine regimekritische Zeitung zu bekommen oder zu gestalten, entstehen. Sie sind jedoch immer noch hoch, da die Staaten zum Teil begonnen haben den Zugang zur nötigen Hardware zu beschränken, da ihre Zensurversuche oft umgangen wurden. Auch hohe Verbindungskosten, Beschränkungen oder obligatorische Registrierung in Internetcafés und/oder der Druck zur Selbstzensur stellen weiterhin Hindernisse dar.

Ägypten

Wie erfolgreich das Internet jedoch trotz aller Erschwerung durch die Regierung von Oppositionsgruppen politisch genutzt werden kann, zeigt sich am folgenden Beispiel: Als in Ägypten über den Zeitraum von fast einem Jahr hinweg vereinzelt kleine Streiks von Arbeitern gegen die steigende Inflation und Arbeitslosigkeit stattfanden, gründeten Ahmed Maher und Esraa Abdel Fattah Ahmed Rashid im März 2008 die Facebook-Gruppe «April 6 Youth Movement» um die Arbeiter an dem für den 6. April geplanten Streik zu unterstützen. Innerhalb eines Tages hatte die Gruppe bereits über 1'000 Mitglieder und in den folgenden Tagen wuchs die Zahl auf über 76'000. Von diesen Mitgliedern waren die meisten im Vorfeld nicht politisch aktiv. Erst durch die Bereitstellung dieser Plattform engagierten sie sich. Die Pinnwand der Gruppe wurde für die Planung des Streiks genutzt: Beispielsweise wurden Möglichkeiten diskutiert und geplant, um auch Leute zu informieren, welche keinen Internetzugang haben. Dadurch wurden die Infos als Flyer auf der Strasse verteilt, andere Mitglieder spraysen sie an Wände oder gestalteten Plakate. Ebenfalls wurden die Aufrufe auf die kleinste Denomination der Banknoten geschrieben, um eine möglichst grosse Verbreitung des Aufrufs zu erreichen. Trotz wiederholten Warnungen von der Regierung gingen mehrere tausend Menschen am 6. April 2008 auf die Strasse um zu demonstrieren. Für diejenigen, die Angst hatten, sich aber trotzdem solidarisch zeigen wollten, gab es die Möglichkeit, an diesem Tag zu Hause zu bleiben, schwarze Kleidung zu tragen oder die ägyptische Flagge an die Tür zu hängen. Der Protest war anfangs nur in Malhalla al-Kobra geplant, wuchs dann aber über die ganze Nation hinweg. Die Sicherheitskräfte schlugen hart zurück und mehrere hundert Menschen wurden verhaftet. Trotzdem gelang es

auch im Folgejahr am 6. April, der den Namen «Day of Anger» bekam, die Anhänger zu mobilisieren, auch wenn eine Demonstration dieser Grösse nicht wieder gelang (New York Times 22.1.09, Washington Post 18.5.08, Carnegie Guide to Egypt's Elections 2010). Im Jahr 2010 konnte eine Demonstration an diesem Tag auf Grund der verschärften Sicherheitsmassnahmen des Staates nicht realisiert werden. Erst im Januar dieses Jahres fand die Gruppe – inspiriert von den Geschehnissen in Tunesien – zu ihrer Stärke zurück. Die Demonstrationen am 25. Januar 2011 und an den Folgetagen wurden von der April-6-Bewegung stark mitbestimmt: das erreichte Ausmass des Aufmarsches auf dem Tahrir-Platz konnte zu grossen Teilen dank der ausgeprägten Netzwerke der April-6-Bewegung sowie der Facebook-Gruppe «We are all Khaled Said», mit welcher die April-6-Bewegung zusammenarbeitete, gelingen. Viele junge Ägypter konnten so erreicht und mobilisiert werden, und diese Kanäle dienten auch zur Koordination der Demonstration. Die Mitglieder dieser Facebook-Gruppen diskutierten auf deren Pinnwänden mögliche Vorgehensweisen und tauschten Tipps aus, beispielsweise wie man sich gegen Tränengas der Polizei schützen kann. Die gesamten Informationen über den Ablauf der Demonstration waren, wie Ahmed Maher in einem Interview erzählt, nur in den Händen weniger Personen. Die Aktivisten wurden in kleinen Gruppen von diversen abgesprochenen Treffpunkten durch einen Gruppenchef zum Haupttreffpunkt geführt um zu verhindern, dass die Polizei die Demonstration durch grossflächige Verhaftungen abwenden kann. Wieder wurden die Online-Netzwerke nicht nur direkt zur Verbreitung der Informationen genutzt, sondern auch um zu koordinieren, wie die Offline-Welt ebenfalls mobilisiert werden kann. Die April-6-Bewegung ist auch nach der Absetzung von Mubarak aktiv und setzt sich auch unter der militärischen Übergangsregierung für ihre Ziele und gegen Ungerechtigkeiten ein, indem sie zum Beispiel an Demonstrationen gegen willkürliche Verhaftungen durch das Militär teilnimmt oder diese mitorganisiert (Carnegie Guide to Egypt's Elections 2011, LA Times 28.1.2011, Asharq Al-Awsat 10.2.2011).

Zivile und politische Freiheiten

Auf die zivilen und politischen Freiheiten der Bürger kann das Internet zweierlei Einflüsse ausüben: Einerseits kann es eine Plattform bieten für den Austausch und die Organisation der Bürger zu diesem Thema, wie dies bei der April-6-Bewegung ist, andererseits ermöglicht es, sich über die Freiheiten und Rechte in anderen Staaten zu informieren. Durch die Möglichkeit des Vergleichs werden Rufe nach mehr Freiheit im eigenen Land stärker (DiMaggio et al. 2001). Menschenrechte beispielsweise werden von verschiedenen NGOs, wie etwa FreedomHouse, global überwacht. Missachtet ein Staat die Menschen-

rechte wird dies schnell bekannt, und ein internationaler Druck zur Änderung der Situation kann über die Zeit entstehen. Je nach Verhandlungsposition des Staates wird er diesem Druck nachgeben, wodurch sich in diesem Fall die Freiheit der Bürger erhöht (Norris 2001). Auch NGOs mit einem anderen Fokus überwachen die Performanz der Staaten und können durch Druck auf diese die zivilen und politischen Freiheiten der Bürger erhöhen oder erhalten. Als beispielsweise Ägypten im Januar sowie Syrien im Juni dieses Jahres kurz vor bevorstehenden Demonstrationen die Provider ihres Landes vom Netz nahmen und so ihren Bürgern das Internet abstellten, setzten sich Organisationen wie FreedomHouse, Reporters sans Frontières oder OpenNet Initiative gemeinsam mit weiteren Akteuren für die schnelle Bekanntmachung des Problems und die Wiederherstellung des Zugangs ein (ONI 2011a, b; Washington Post 3.6.11). NGOs besitzen bereits in der globalisierten Welt von heute eine einflussreiche Position; wenn die Vernetzung der Staaten in Zukunft weiter zunimmt, kann sich der Einfluss der NGOs noch verstärken. Der übergreifende Effekt, der im arabischen Frühling beobachtet werden konnte, ist ebenfalls ein Phänomen, das durch die Möglichkeit des Vergleichs zustande kam. Da in Teilen der arabischen Welt das jeweilige Fernsehen und die Zeitungen nicht über die Ereignisse berichten durften, bot das Internet durch die schwere Kontrollierbarkeit und die schnelle Verbreitungsmöglichkeit eine gute Informationsquelle.

Pluralistischer Wettbewerb

Der pluralistische Wettbewerb ist der Wettstreit von Parteien oder Individuen um politische Ämter. In diesem Umfeld ist auch die Existenz diverser Interessengruppen möglich. Das Internet intensiviert die pluralistische Politik und beschleunigt den Mobilisierungsprozess durch die tiefen Organisationskosten (Norris 2001, Bimber 1998). Ebenfalls sind dank des Internets Interessengruppen nicht nur über die geographischen Grenzen hinweg möglich, sondern auch sozioökonomische und demographische Unterschiede können so überwunden werden. Besonders vom Internet profitieren sollten also kleine Gruppen, insbesondere solche, welche nur über kleine finanzielle Ressourcen verfügen und/oder wenige institutionelle Verbindungen besitzen und/oder weit verstreut sind. Daraus folgt eine gruppenzentrierte pluralistische Politik (Bimber 1998, DiMaggio et al. 2001). Für die Industriestaaten konnte diese These bereits mehrfach bestätigt werden und für die arabischen Staaten gibt es einige Beispiele wie die April-6-Bewegung. Diese profitierte vom schnellen Mobilisierungsprozess und konnte bereits für den Streik im Jahre 2008 Bürger aus verschiedenen sozioökonomischen Schichten aktivieren. Der Streik breitete sich dank der Organisation über das Inter-

net über das ganze Land aus und für all dies waren praktisch keine finanziellen Ressourcen vorhanden oder nötig. Im arabischen Frühling wiederholte sich dieses Phänomen: Auf dem Tahrir-Platz versammelten sich Frauen und Männer aus unterschiedlichsten Verhältnissen, welche dank der Rolle, die das Internet bei der Planung und Bekanntmachung des Streiks spielte, einfach erreicht und aktiviert werden konnten.

Die Stärke des Internets liegt also darin, durch das zur Verfügung stellen von Informationen die organisatorischen Verbindungen und Netzwerk-Fähigkeiten der Zivilgesellschaft zu stärken. Damit das Internet als Hilfsmittel für die Demokratisierung wirken kann, muss eine hohe Verbreitung vorhanden sein. Diese nimmt seit der Einführung von Jahr zu Jahr zu, und die Möglichkeit des Internetzugangs via Mobiltelefon oder Projekte wie One Laptop Per Child fördern die Verbreitung des Internets zusätzlich.

Dies gibt einen Ausblick auf die politische Zukunft der arabischen Staaten: Dass Änderungen für die unterdrückten Bürger dringend gefordert sind und sie sich dafür einsetzen werden hat der arabische Frühling dieses Jahres erneut deutlich gezeigt. Das Internet kann diesen Gruppen auch in Zukunft ein wertvolles Instrument sein, um die Demokratisierung voranzutreiben. Besonders Web 2.0-Applikationen wie Facebook, BlogSpot et cetera haben grosses politisches Potential.



Janine Maier

Janine Maier (1985) studierte Politikwissenschaft an der Universität Zürich. Ihr Interessensschwerpunkt liegt bei den arabischen Staaten. Die Lizentiatsarbeit zum Thema «The Internet – Help or Hindrance for the Efforts of Democratization in the Arab World» hat sie im Dezember 2010 bei Prof. Dr. Ruloff und Dr. Manea abgeschlossen.

Quellen

Asharq Al-Awsat (2011): Asharq Al-Awsat talks Egypt's April 6 Youth Movement founder Ahmed Maher. 10.02.2011. London: <http://www.asharq-e.com/news.asp?section=3&id=24109> [Accessed October 2011]

Berners Lee, Tim (2000): Weaving the Web: The original design and ultimate destiny of the World Wide Web. New York: Harper Collins.

Bimber, Bruce (1998): The Internet and Political Transformation: Populism, Community, and Accelerated Pluralism. *Polity* 31: 133-160.

Carnegie Guide to Egypt's Selections (2010): The April 6 Youth Movement. Washington DC: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2010/09/22/the-april-6-youth-movement> [Accessed November 2010]

Carnegie Guide to Egypt's Selections (2011): The April 6 Youth Movement. Washington DC: <http://egyptelections.carnegieendowment.org/2010/09/22/the-april-6-youth-movement> [Accessed October 2011]

DiMaggio, Paul/Eszter Hargittai/W. Russel Neuman and John P. Robinson (2001): Social Implications of the Internet. *Annual Review of Sociology* 27: 307-336.

Freedom House (2010): Women's Rights in the Middle East and North Africa. Washington. <http://freedomhouse.org/uploads/specialreports/womensrights/2010/womensrights2010.pdf> [Accessed October 2011]

Freedom House (2011): Freedom on the Net: Egypt. Washington <http://www.freedomhouse.org/images/File/FotN/Egypt2011.pdf> [Accessed October 2011]

Guillén, Maufó F. And Sandra L. Suárez (2005): Explaining the Global Digital Divide: Economic, Political and Sociological Drivers of Cross-National Internet Use. *Social Forces*, 84 (2): 681-708.

Hafner, Katie and Matthew Lyon (1996): Where Wizards stay up late: The Origins of the Internet. New York: Simon & Schuster Paperbacks.

International Telecommunication Union: Mobile cellular subscriptions per 100 inhabitants, 2000-2010. Geneva: http://www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/material/excel/2010/Mobile_cellular_00-10.xls [Accessed September 2011]

Los Angeles Times (2011): Young Egyptians mount unusual challenge to Mubarak. 28.01.2011. Los Angeles: <http://articles.latimes.com/2011/jan/27/world/la-fg-egypt-youth-20110128> [Accessed October 2011]

Mc Daniel, Drew (2002): Electronic Tigers of Southeast Asia: The Politics of Media, Technology, and National Development. Iowa State University Press.

Negroponte, Nicholas (1995): Being Digital. New York: Knopf.

New York Times (2009): Revolution, Facebook-Style 22.01.1009. New York: Available at: http://www.nytimes.com/2009/01/25/magazine/25bloggers-t.html?pagewanted=1&_r=2 [Accessed October 2010]

Norris, Pippa (2001). Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide. Cambridge University Press.

One Laptop per Child (2011): About the Mission. Cambridge: <http://one.laptop.org/about/mission> [Accessed September 2011]

OpenNet Initiative (2011a): Egypt's Internet Blackout: Extreme Example of Just-in-time Blocking. <http://opennet.net/blog/2011/01/egypt%E2%80%99s-internet-blackout-extreme-example-just-time-blocking> [Accessed October 2011]

OpenNet Initiative (2011b): Syria goes mostly offline as protests intensify. <http://opennet.net/blog/2011/06/syria-goes-mostly-offline-protests-intensify> [Accessed October 2011]

Reporters sans Frontières (2010a): Enemies of the Internet: Egypt. Paris: <http://en.rsf.org/internet-enemie-egypt,36679.html> [Accessed November 2010]

Reporters sans Frontières (2010b): World Report: Egypt. Paris: <http://en.rsf.org/report-egypt,149.html> [Accessed November 2010]

Reporters sans Frontières (2010c): World Report: Syria. Paris: <http://en.rsf.org/report-syria,163.html> [Accessed November 2010]

Reporters sans Frontières (2011): Enemies of the Internet: Syria. Paris: <http://en.rsf.org/internet-enemie-syria,39779.html> [Accessed October 2011]

Sakr, Naomi (2008): The Impact of Media Laws on Arab Digital and Print Content: Background Paper for Nagla Rizk's study on The Institutional Context for Knowledge in the Arab Countries. Available on: <http://mediadevelopmentresearch.com/?p=139> [Accessed October 2010]

Sussman, Leonard R. (2000): Censor dot gov: the Internet and press freedom 2000. *Journal of Government Information* 27: p. 537-545.

Verba, Sidney and Kay Lehman Schlozman and Henry E. Brady (1995): Voice and equality: civic voluntarism in American politics. Harvard University Press.

Washington Post (2008): Fledgling Rebellion on Facebook Is Struck Down by Force in Egypt. 18.05.2008. Washington. Available at: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/05/17/AR2008051702672.html?sid=ST2008051702711> [Accessed November 2010]

Washington Post (2011): Syria internet services shut down as protesters fill streets. 03.06.2011. Washington. Available at: http://www.washingtonpost.com/blogs/blogpost/syria-internet-services-shut-down-as-protesters-fill-streets/2011/06/03/AGTLwxHH_blog.html [Accessed October 2011]

DIE SELBSTÜBERSCHÄTZUNG POLITISCHER INTERNET-UTOPIEN

Zu den Mythen, die das Internet umgeben, gehört seit seinen Anfängen die Annahme, dass es dem neuen Medium gelingen würde, mehr Bürger für Politik zu interessieren und am politischen Prozess zu beteiligen. Aber meist diskutieren politisch Interessierte und Aktive über Politik im Netz. Sie neigen dazu, die Rolle von Politik im Internet zu überschätzen, weil sie oft vergessen, dass die meisten Menschen weit weniger politisch interessiert und involviert sind als sie selbst.

Keywords: Demokratie, Elektronische Stimmabgabe, Internet, Politische Mobilisierung, Technologieaffinität, Wählerpotentiale

Stephan Eisel

Utopien von einer grundlegenden Veränderung der Demokratie durch das Internet sind in der politischen Netz-Community sehr populär. Weil es örtliche und räumliche Grenzen aufhebe und so viele Menschen erreiche, biete das Netz den Einstieg in eine plebiszitär-basisdemokratische Gesellschaft und läute das Ende der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie ein. In diesem Sinne wurde und wird das Internet immer wieder zum Demokratiemedium stilisiert.

Dreifache digitale Spaltung

Dabei wird übersehen, dass das Internet als Kommunikationsraum im Alltag der Menschen noch lange nicht mit der Bedeutung von Radio und Fernsehen zu vergleichen ist. Als reine Konsummedien erreichen sie in den industrialisierten Ländern fast 100 Prozent der Bevölkerung. Das Internet ist ein Aktivitätsmedium und kommt wohl auch deshalb trotz aller Wachstumsraten weder in Europa noch in den USA über eine Abdeckung von höchstens 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung hinaus.

Selbst in einem reichen Industrieland wie Deutschland ist eine dreifache digitale Spaltung Gesellschaft zu beobachten: Erstens ist ein Drittel der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahre mangels Zugang generell vom Internet ausgeschlossen. Zweitens nutzt ein Drittel derer, die einen Internetzugang haben, die bestehende Zugangsmöglichkeit nur selten. Insgesamt kann nur etwa die Hälfte der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahre als regelmässige Internetnutzer gelten. Drittens beschränken sich zwei Drittel der regelmässigen Nutzer auf wenige, vor allem passiv-konsumierende Nutzungsarten und nehmen die vielfältigen interaktiven Möglichkeiten des Mediums praktisch nicht in Anspruch.

Allenfalls ein Fünftel der in Deutschland lebenden deutschsprachigen Menschen über 14 Jahre ist also internetaffin in dem Sinne, dass sie das Internet nicht nur als Abrufmedium, sondern als Kommunikationsplattform nutzen. Es wäre ein grosser Fehler davon auszugehen, dass nur existiert, was digital existiert.

Demokratie würde sich selbst ad absurdum führen, wenn sie sich auf das Internet fokussiert und Netzbürgern mehr Bedeutung zumisst als denen, die das Medium nicht nutzen können oder wollen.

Politik in der Nische

Das gilt umso mehr als der Cyberspace selbst für seine Bewohner viel mehr Markt- und Spielplatz als Politikforum ist. Der Anteil politischer Webseiten liegt im deutschsprachigen Netz unter einem Prozent und in den USA nur unwesentlich höher. Die Zugriffsraten auf das politische Angebot sind zudem deutlich unterdurchschnittlich. Das Internet ist nicht zu politischen Zwecken erfunden, erprobt und entwickelt worden und wird auch nur von einer kleinen Minderheit dazu genutzt.

Die freiheitliche Demokratie zählt zwar auf das Engagement der Bürger für ihre Gesellschaft, räumt ihnen aber ausdrücklich auch das Recht ein, unpolitisch zu sein. Dass die Menschen davon gerne Gebrauch machen, spiegelt sich auch im Internet: Bei YouTube haben allein 17 Comedians und 47 Musiker mehr Aufrufe als der amerikanische Präsident als weltweit mächtigster Politiker. Drei Einzelpersonen haben die Milliardengrenze bei der Abfrage ihrer Videos überwunden: Es sind die Popstars Lady Gaga, Justin Bieber und Shakira. Politiker sind Lichtjahre davon entfernt. Das gilt auch für institutionelle Angebote: Einsamer Spitzenreiter bei YouTube-Nutzung ist der Bildungskanal «Expertvillage», dessen Videos seit der Gründung des Kanals 2006 bis Ende März 2011 über 1,8 Milliarden mal angesehen wurden. Die meisten Abonnenten, nämlich über 850'000, hat der Kanal «Household Hacker» mit Tipps rund um den Haushalt. Das Weisse Haus kommt nur auf 133'000 Abonnenten. Die Nutzerzahlen für verschiedene Webseiten bestätigen die Politikferne des Internets. Selbst bei den Internet-Blogs, wo man am ehesten eine politische Oase im Cyberspace vermuten würde, findet sich Politik nur als exotische Nischenexistenz. Ein Verzeichnis von über 11'000 deutschsprachigen Blogs listet insge-

samt 1'369 Blogs zu Internetthemen, 1'343 Privat-Blogs, 1'129 Computerblogs und nur 369 Politikblogs gegenüber 539 Reiseblogs auf. Am meisten besucht werden ein Schnäppchen-, ein Spiele- und ein Hobby-Blog. Erst auf Rang 20 folgt der populärste Politik-Blog.

Geschwindigkeitsrausch, digitale Vereinfachung und Hysteriefälle

Als Markt- und Spielplatz orientiert sich das Internet zwar nicht am politisch Sinnvollen, aber die typischen Charakteristika der Netzkultur setzten die Politik unter neuen Druck. So ist Schnelligkeit im Cyberspace das höchste Gut. Baut sich eine Seite zu langsam auf, klicken wir weiter. Gibt eine Suchmaschine die Antwort auf unsere Fragen zu langsam, wechseln wir den Anbieter. Im Internet ist der schnelle Klick die gültige Währung, Politik erscheint demgegenüber träge und langsam. Schnelligkeit ist aber kein Ausweis von Demokratiesteigerung, ihr wohnt die grosse Gefahr der Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit inne. Im Gegenteil dazu zeichnen sich stabile Demokratien dadurch aus, dass sie Entscheidungen ihre Reifezeit geben.

Den Geschwindigkeitsdruck im Internet begünstigt auch eine Atmosphäre sich schnell wandelnder Stimmungen und Emotionen. Noch gibt es im Internet auch reflektierende Kommunikationsformen. So hat die ursprüngliche Textorientierung des Internets eine durchaus heilsam rationalisierende Wirkung. Zugleich hebt der Trend von der textgebundenen zur bildorientierten Nachricht diese Rationalitätsebene der Netzwelt zunehmend auf.

Die Verstärkung des emotionalen Spontaneindrucks durch die Bildorientierung des Internets steht nicht nur im Widerspruch zum Rationalitätsanspruch von Politik in der freiheitlichen Demokratie. Diese Entwicklung ist in gewisser Weise auch komplementär zur Tendenz zur Vereinfachung, die dem Internet schon durch die digitale Struktur innewohnt und einen weiteren Gegensatz zwischen der virtuellen Netzwelt und der demokratischen Politikwelt konstituiert: Digitales Denken privilegiert die einfache Wahl zwischen A und B. Politisches Denken dagegen ist komplex.

Insgesamt ist das Internet auch ein nervöses Skandalisierungsmedium. Nirgends entstehen so viele Gerüchte und nirgends werden sie so schnell verbreitet wie im Internet. Dies ist auch einem oberflächlichen Spieltrieb geschuldet, der in der Weitergabe einer im Netz gefundenen Nachricht einen von deren Inhalt oder Seriosität unabhängigen Selbstzweck sieht. Wer zur Verbreitung beiträgt, sieht sich im Internet selten verantwortlich für den Inhalt des Weitergegebenen. Was aber viele verbreiten, wird schnell von allen geglaubt.

Die «Weisheit der Massen» und Politisierung als Gruppenzwang

Diejenigen, die im Internet den neuen Ort demokra-

tischer Willensbildung sehen, sind nicht nur von der Schnelligkeit des Netzes fasziniert, die die schnelle Meinungsverdichtung zu einem Meinungsbild ermöglicht. Sie führen auch ins Feld, dass im Internet wegen seiner grossen Reichweite viele Menschen einbezogen werden könnten und die Klugheit einer Entscheidung mit der Zahl der an ihr Beteiligten steige. Während der Fokus der freiheitlichen Demokratie auf dem Einzelnen, seinen Rechten, Pflichten und Beteiligungschancen ruht, ist im Internet ganz in der Tradition der «volonté générale» von Jean-Jacques Rousseau die grosse Zahl entscheidender Bezugspunkt. Dort ist von der «Wisdom of Crowds» die Rede, die James Surowiecki 2004 in seinem gleichnamigen Buch mit dem Untertitel erläuterte: «Why the Many Are Smarter Than the Few and How Collective Wisdom Shapes Business, Economies, Societies and Nations». Dieses Konzept proklamiert die in der Netzcommunity sehr populäre Theorie, dass auch einer zufällig zusammengekommenen Gruppe von Menschen hohe Entscheidungsbefugnis für alle zukommt. Kleine Zufallsgruppen sind sogar charakteristisches Merkmal der Entscheidungsbildung im Internet. Dies gilt umso mehr, als das Internet als Aktivitätsmedium nicht nur die Menschen ohne Netzzugang oder Netzzugangswilligen komplett ausblendet, sondern auch unter der Minderheit der politisch Interessierten noch die Kleingruppe der politischen Aktivisten privilegiert. Die Herrschaft der Stärkeren und Lautesten dominiert als digitales Faustrecht die unregulierten digitalen Netzwelten.

Dem plebiszitären Reiz des Internets, möglichst häufig möglichst viele möglichst schnell entscheiden zu lassen, liegt auch die Fehlannahme vom politisierten Bürger als Regelfall zu Grunde. Aber das Grundverständnis einer freiheitlichen Gesellschaft ist nicht vereinbar mit einem indirekten Zwang zum politischen Aktivismus. Es schützt damit auch die Schwächeren: weniger politisch Interessierte, weniger Lautstarke und weniger gut Organisierte. Vertreter zu wählen, die sich in eine Materie einarbeiten und dadurch besser als anderer Bescheid wissen, ist das gute Recht jedes Bürgers, ebenso wie er das Recht hat, durch eigenes Engagement die Entscheidungsfindung unmittelbar zu beeinflussen.

Minderheiten-Spielplatz im Cyberspace

Wer das Recht auf Repräsentation durch Fokussierung auf die plebiszitären Versuchungen des Internets leugnet, lässt eine neue weitere doppelte digitale Spaltung zu: Er schliesst aus dem Entscheidungsprozess nicht nur die aus, die gar nicht im Netz sind, sondern diskriminiert zugleich jene, die dort ihr Recht auf Freiheit von Politik in Anspruch nehmen. Die oft propagierte plebiszitäre Cyberdemokratie nimmt ihnen die Chance der Delegation.

Interessanterweise hat im Juni 2011 eine repräsentative Umfrage der Bertelsmann-Stiftung bestätigt,

dass 94 Prozent (!) der Bundesbürger in Wahlen die beste Form der politischen Beteiligung sehen. 39 Prozent der Bundesbürger gaben sogar ausdrücklich an, sich über Wahlen hinaus nicht am politischen Prozess beteiligen zu wollen. Abstimmungen im Internet wurden von 54 Prozent der Befragten ausdrücklich abgelehnt. Während 64 Prozent schon einmal an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben oder sich das vorstellen können und immerhin 54 Prozent auch Leserbriefe zu schreiben für möglich halten, stehen nur 39 Prozent elektronischen Petitionen und nur 32 Prozent Internet-Blogs prinzipiell positiv gegenüber. Die Bertelsmann-Stiftung fasst zutreffend zusammen: «Möglicherweise in der öffentlichen Diskussion bislang überschätzt werden dagegen die neuen Formen der Meinungsbildung und Bürgerbeteiligung über das Internet. Offensichtlich sind diese Formen der Beteiligungsmöglichkeit nur für eine qualifizierte Minderheit begehrt.»

Dennoch werden im Internet inzwischen von einer Vielzahl von Anbietern Fragen zu allen möglichen Themen zur Abstimmung gestellt. Nicht selten wird explizit oder implizit der Anspruch verbunden, aus den Ergebnissen könne man die Meinung des Volkes ablesen oder zumindest seine Stimmungen erkennen. Wiewohl in keiner Weise repräsentativ und höchst manipulationsanfällig, wirkt diese Suggestion – besonders in der Verstärkung durch konventionelle Medien – durch die Magie der Zahl.

Abstimmungsresistente Internet-Community

Schon in der Netzcommunity selbst sind bisherige Versuche von Internetabstimmungen aber kläglich gescheitert. Prominentestes Beispiel dafür ist wohl die Abstimmung, zu der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg alle Facebook-Mitglieder vom 16. bis 23. April 2009 aufgerufen hatte. Es ging um die Neufassung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die zuvor im Internet heftige Debatten ausgelöst und zu massiver Kritik vieler Nutzer an Zuckerberg geführt hatte. Als Reaktion darauf bot Zuckerberg die Abstimmung an und erklärte, dass bei einer Beteiligung von 30 Prozent der «aktiven registrierten Facebook-Mitglieder» die Ergebnisse bindend sein sollten.

Aber die Bilanz dieses ersten Nutzervotums fiel äusserst ernüchternd aus. Trotz erheblicher Werbemassnahmen hatten nur 0,3 Prozent (665'654 von damals 200 Millionen) der Facebook-Mitglieder teilgenommen. Es hatte sich gezeigt, dass die engagierte Internetdebatte einer kleinen Nutzergruppe keineswegs eine nennenswerte Breitenresonanz auslösen konnte. Auch in der als Internetpartei gegründeten Piratenpartei führen Online-Abstimmungen nicht zu einer Mobilisierung. An der Abstimmungsplattform «Liquid Feedback» beteiligt sich nur harter Kern von ca. fünf Prozent der Parteimitglieder. Das von den Piraten propagierte Konzept einer «flüssigen Demokratie» («Liquid Democracy») als tägliches politisches Plebiszit

privilegiert nicht nur politische Aktivist*innen, sondern auch darunter diejenigen, die in ihrem beruflichen und privaten Leben dafür die notwendige Zeit aufbringen können. Im Internet geben diese «Zeitreichen» den Ton an. Sie sind aber zugleich nur eine verschwindend kleine Gruppe.

Angesichts dieser ernüchternden Erfahrungen selbst internetaffiner Gruppierungen mit der sehr geringen Beteiligung an Internet-Abstimmungsplattformen ist der Enthusiasmus mancher staatlicher Stellen umso verwunderlicher. Insbesondere auf kommunaler Ebene sind solche Verfahren seit einiger Zeit weitgehend unhinterfragte Mode. So haben bisher etwa 100 deutschen Städte und Gemeinden das Verfahren des internetbasierten «Bürgerhaushalts» durchgeführt.

Manipulationsanfälliger Online-Bürgerhaushalt

Dabei werden den Bürgern von der Verwaltung bzw. dem Rat ausgesuchte und von ihnen selbst eingebrachte Kürzungsvorschläge für den städtischen Haushalt zur Bewertung und Abstimmung vorgelegt. Auch die Teilnahme an solchen Verfahren ist vernichtend gering. Extremstes Beispiel ist wohl Hamburg, wo sich 2009 nur 552 Bürger als Teilnehmer registriert hatten. Das ist ein gar nicht mehr zu messender verschwindender Anteil der über 1,2 Millionen Hamburger Wahlberechtigten. Aber auch in kleineren Städten ergibt sich kein grundsätzlich anderes Bild.

Nur wenige Menschen beteiligen sich an solchen Online-Haushalten, obwohl zur Registrierung eine E-Mail-Adresse genügt. Weder wird überprüft, ob es sich dabei um einen Bürger der betroffenen Kommune handelt, noch wird sichergestellt, dass sich nicht die gleiche Person mit mehreren verschiedenen E-Mail-Adressen beteiligt. Über 90 Prozent der Teilnehmer benutzen bei diesen Verfahren nämlich nicht ihre tatsächlichen Namen, sondern nehmen mit Pseudonymen teil. Aus den bisherigen Erfahrungen kann man schliessen, dass bis zu einem Drittel der eingetragenen Registrierungen aus Mehrfachabstimmungen bzw. von Ortsfremden stammen.

Aber selbst wenn man dieses Problem ignoriert und hinter jeder registrierten E-Mail-Adresse einen ortsansässigen Bürger vermutet, liegt die Beteiligung bei höchstens drei Prozent der Wahlberechtigten (2009 in Köln 1,2 Prozent, 2010 in Solingen 2,8 Prozent, in Essen 0,8 Prozent, in Gütersloh 2,1 Prozent und 2011 in Bonn ca. 3 Prozent). Berücksichtigt man, dass das Internet-Abstimmungsverfahren vier Wochen lang rund um die Uhr, ortsunabhängig und ohne Alterskontrolle angeboten wurde, während die Stimmabgabe bei einer Wahl wesentlich stärkeren örtlichen und zeitlichen Einschränkungen unterliegt, fällt der deutliche Beteiligungsunterschied noch dramatischer aus.

Als Internetverfahren blieben «Bürgerhaushalte» in allen Kommunen Foren für eine kleine hochaktive Minderheit, die sowohl über einen Internetzugang

verfügte als auch über die Zeit, sich mehrere Stunden durch die ausserordentlich komplexen Internet-Plattformen zu kämpfen.

Überschätzte Wahlbeteiligungspotentiale

Von auf Einzelfragen bezogenen plebiszitär motivierten Internet-Abstimmungen zu unterscheiden ist die Idee der Durchführung von Wahlen im Internet. Dieser Vorstellung liegt in der Regel nicht die Absicht zugrunde, die repräsentative Demokratie durch eine plebiszitäre zu ersetzen. Es geht vielmehr darum, mit dem Internet mehr Bürger zur Teilnahme an Wahlen anzusprechen, als dies auf klassischem Weg möglich ist, oder zumindest die Teilnahme an Wahlen zu erleichtern. In diesem Sinn ist das Thema Internetwahlen seit langem ein Dauerthema in der Debatte. An dieser Stelle soll nicht auf die Frage eingegangen werden, ob es möglich ist – ähnlich wie beim Online-Banking – die notwendigen technischen Anforderungen zur Gewährleistung von allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen im Internet zu schaffen und die Gefahr der Wahlmanipulation auszuschliessen. Selbst bei der Lösung dieses Problems bleibt die Frage, ob sich hier die Möglichkeit zur Erhöhung der Wahlbeteiligung eröffnet.

Dabei wird übrigens fälschlicherweise unterstellt, es gebe einen anhaltenden Trend zurückgehender Wahlbeteiligungen. Tatsächlich sind aber Schwankungen in der Wahlbeteiligung zu beobachten. Das zeigen beispielsweise die deutschen Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009: Zuwächsen der Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg (+12,8), Sachsen-Anhalt (+6,8), Rheinland-Pfalz (+3,6) und Berlin (+2,2) stehen Rückgänge in Bremen (-3), Hamburg (-5,2) und vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (-7,4) gegenüber.

Auf ein gewisses Potential für Internetwahlen deutet aber der gleichzeitige Anstieg der Zahl von Briefwählern hin. In Deutschland hat sich der Anteil der Briefwahl an Bundestagswahlen seit ihrer Einführung 1957 von 4,9 Prozent auf 21,4 Prozent 2009 erhöht. Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2008 dieser Entwicklung Rechnung getragen und die bis dahin zumindest formal notwendige Begründung der Inanspruchnahme der Briefwahl im Bundeswahlgesetz abgeschafft. Dadurch wurde der mit den Schwierigkeiten bei der Überwachung des Wahlgeheimnisses begründete Ausnahmecharakter der Briefwahl weiter relativiert.

Dabei ist die Bezeichnung «Briefwähler» inzwischen irreführend, die Hälfte dieser Wähler nutzt die Möglichkeit der vorgezogenen Urnenwahl, das heisst der persönlichen Stimmabgabe nach Versendung der Wahlbenachrichtigung in die jeweiligen Rathäuser. Tatsächlich geht also die Beteiligung an der ortsgebundenen Urnenwahl vor allem zurück, weil die zeitliche Fixierung auf einen bestimmten Wahltag durch eine vorgezogene Urnenwahl aufgehoben wird. Auf

die damit verbundenen Probleme der Folgen unterschiedlicher Zeitpunkte der Stimmabgabe in einer schnelllebigen Medienwelt soll hier nicht eingegangen werden.

Ernüchternde Feldversuche

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Instrument von Online-Wahlen zeigen eine sehr ernüchternde Bilanz im Blick auf das Potential zur Erhöhung von Wahlbeteiligungen. Zu einem grossen Feldversuch kam es im Oktober 2000 bei den weltweiten Internetwahlen für Leitungsfunktionen bei der «Internet Corporation for Assigned Names and Numbers» (ICANN), die unter anderem über die Struktur des Internets und Regeln für die Domainvergabe entscheidet. Wahlberechtigt waren alle Internetnutzer über 16 Jahre mit einer eigenen E-Mail-Adresse und Postanschrift, die sich vom 25. Februar bis 31. Juli 2000 zur Wahl registrieren liessen. Zur Ausübung des Wahlrechts wurde ihnen eine Personal Identification Number (PIN) zugesandt.

Erschwert durch die völlige Überlastung des Systems gingen weltweit lediglich 153'593 Registrierungsanträge ein, von denen dann aber nur 34'035 Wahlberechtigte ihre Stimme abgaben. Wegen vieler technischer Probleme und der geringen Beteiligung wurde dieses Wahlexperiment nicht wiederholt. Dass ausgerechnet die Internetexperten der Netzcommunity Online-Wahlen bei der Selbstverwaltung des Internets bis heute nicht gelten lassen wollen, ist ein deutlicher Hinweis auf die überwiegenden Schwächen dieser Wahlform.

Aber auch in anderen Bereichen wurde mit Internet-Wahlen experimentiert. Als erste weltweit bindende Online-Wahl gilt die Wahl des Studentenparlaments in Osnabrück am 2./3. Februar 2000. Die Stimmabgabe im Netz war der Stimmabgabe an der Urne und per Briefwahl gleichgestellt. Von den ca. 10'000 wahlberechtigten Studenten registrierten sich 409 für die Möglichkeit der Stimmabgabe über das Internet, 313 nahmen das Wahlrecht über dieses Medium dann auch wahr. Allerdings sagten nur 14 Prozent dieser Internetwähler, sie hätten an der Wahl nur wegen der Möglichkeit der Internetwahl teilgenommen.

Studentenparlamentswahlen waren in der Folge häufiger ein Experimentierfeld für Internetwahlen, weil dort ein besonders internetaffines Klientel vermutet wird. Allerdings sind auch hier die Erfahrungen der Beteiligung ernüchternd. So brachte auch die Online-Abstimmung bei der Studentenparlamentswahl an der schwedischen Universität Umeå 2002 keine höhere Wahlbeteiligung. Nur zwei Prozent der Wähler machten von dieser Möglichkeit der Stimmabgabe im Internet überhaupt Gebrauch. Bei den Wahlen zur «Österreichischen Hochschülerschaft» nahmen 2009 bei einer Gesamtbeteiligung von nur 25,8 Prozent nur 261 Studenten (ein Prozent aller Wahlberechtigten) die Möglichkeit des E-Votings ohne persönliche Anwesenheit am Studienort wahr.

Wahlzurückhaltung internetaffiner Gruppen

In anderen gesellschaftlichen Bereichen zeitigten Experimente mit Internetwahlen ähnliche Ergebnisse: Als grösserer Versuch zur Durchführung von Internetwahlen kann die Entscheidung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Jahr 2007 gelten, bei immerhin rund 100'000 Wahlberechtigten die Wahl der Fachkollegien ausschliesslich (!) im Internet vorzunehmen. Es wurden 36'313 Stimmen abgegeben, das heisst, selbst unter den besonders internetaffinen Wissenschaftlern hatte sich nur etwa ein Drittel der Wahlberechtigten bei dieser Internetwahl beteiligt. Dies war eine geringfügig niedrigere Beteiligung als bei der vorhergehenden letzten konventionellen Wahl im Jahr 2003, bei der etwa 39'000 Stimmen abgegeben worden waren. Die Umstellung auf eine Internetwahl hatte also nicht zu einer Erhöhung der Beteiligung geführt. Ende 2011 ist der nächste Internet-Wahlgang bei der DFG vorgesehen.

Ganz ähnlich fallen die Erfahrungen der Gesellschaft für Informatik e.V. aus, die ihren ca. 24'000 Mitgliedern seit 2004 Vorstands- und Präsidiumswahlen per Internet oder per Briefwahl anbietet. Zwar sind inzwischen fast alle Briefwähler auf das Online-Verfahren umgestiegen, aber eine spürbare und nachhaltige Erhöhung der Wahlbeteiligung konnte auch bei dieser besonders internetaffinen Gruppe nicht erreicht werden. Sie lag bei der Wahl 2010 mit 17,5 Prozent nur unwesentlich über der Beteiligung bei den letzten konventionellen Briefwahlen 2002 (16,9 Prozent). Lediglich im Jahr der Einführung der Internetwahl 2004 gab es mit 24,1 Prozent einen nennenswerten, aber nur einmaligen Ausschlag bei der Wahlbeteiligung. Bei staatlichen Wahlen liegen Erfahrungen mit dem Internet in Deutschland nicht vor. Das gilt auch für die meisten anderen demokratischen Länder. So wurden zwar in Grossbritannien nach der historisch niedrigsten Wahlbeteiligung bei der Unterhauswahl 2001 ca. 26 Mio. Euro in ein E-Voting-Programm investiert. Der erste Einsatz in dreissig Städten (darunter Liverpool und Sheffield) bei den Kommunalwahlen 2002 war freilich ernüchternd, denn nur in drei Gemeinden stieg die Wahlbeteiligung leicht an.

Schweizer Erfahrungen

Umfangreichere Erfahrungen mit dem hier als «Vote électronique» bezeichneten E-Voting liegen aus der Schweiz vor. Darunter wird bei den Eidgenossen die Stimmabgabe über das Internet, SMS und weitere elektronische Datenkommunikationswege verstanden. Auch in der Schweiz fand der erste Test unter Studenten statt, und zwar bei den Studierendenratswahlen 2004 – und seitdem jährlich - an der Universität Zürich: Von den 24'000 wahlberechtigten Studenten beteiligten sich lediglich 2'188 Personen (9,1 Prozent) an den Wahlen. Die Wahlbeteiligung lag auf diesem niedrigen Niveau aber immerhin doppelt so hoch als bei früheren Studierendenratswahlen, bei

denen noch keine elektronische Wahl möglich gewesen war. 1'610 Personen (73,6 Prozent) benutzten das Internet als Wahlmedium 429 Personen (19,6 Prozent) der Wählenden entschieden sich für die Wahl mit SMS und nur 149 Wähler (6,8 Prozent) gaben ihre Stimmen an der Urne ab. Bei der folgenden Schweizer Studierendenratswahl im Dezember 2005 sank die Wahlbeteiligung allerdings auf wieder 7,7 Prozent und blieb bei den jährlichen Wahlen bisher auf diesem Niveau.

Insgesamt ist in der Schweiz die «elektronische Stimmabgabe» bei allgemeinen Wahlen und Abstimmungen seit 2003 im «Bundesgesetz über die Politischen Rechte» verankert. Am 19. Januar 2003 erfolgte der erste Probelauf in der Genfer Gemeinde Anières: von den 1'161 Stimmberechtigten mit elektronischer Abstimmungsmöglichkeit nutzten 323 die Möglichkeit der Stimmabgabe. Bis zum Juni 2007 fanden dann insgesamt 48 Abstimmungen mit der Möglichkeit elektronischer Stimmabgabe insbesondere für Auslandschweizer statt. Dabei nutzten nur 12 Prozent der dazu Berechtigten – das ist weniger als ein Prozent der Wahlberechtigten – diese Möglichkeit der Stimmabgabe per Internet. Dies blieb deutlich hinter der allgemeinen Wahlbeteiligung bei diesen Abstimmungen, die bei ca. 30 Prozent lag, zurück.

Auch der Bericht des Bundesrates über die Pilotprojekte zum «Vote électronique» vom 21. Mai 2006 kam im Blick auf die Möglichkeiten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung durch das Angebot von Internetwahlen zu einem skeptischen Urteil: «Die Frage nach einer allfälligen Erhöhung der Stimmbeteiligung lässt sich indes auch nach der wissenschaftlichen Begleitung zahlreicher Pilotversuche unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten nicht schlüssig beurteilen.»

Schweizer Perspektiven

Da aber bei keiner Abstimmung Pannen oder Probleme auftraten, beschloss das Schweizer Parlament zum 1. Januar 2008 weitere Gesetzes- und Verordnungsänderungen für die elektronische Abstimmung. Im «Bundesgesetz über die Politischen Rechte» heisst es jetzt: « Der Bundesrat kann im Einvernehmen mit interessierten Kantonen und Gemeinden örtlich, zeitlich und sachlich begrenzte Versuche zur elektronischen Stimmabgabe zulassen. Er kann Kantone, die Versuche zur elektronischen Stimmabgabe über längere Zeit erfolgreich und pannenfrei durchgeführt haben, auf Gesuch hin ermächtigen, diese Versuche für eine von ihm festgelegte Dauer weiterzuführen. Er kann die Ermächtigung mit Auflagen oder Bedingungen versehen oder die elektronische Stimmabgabe in Abwägung der gesamten Umstände jederzeit örtlich, sachlich oder zeitlich ausschliessen. Die Kontrolle der Stimmberechtigung, das Stimmgeheimnis und die Erfassung aller Stimmen müssen gewährleistet und Missbräuche ausgeschlossen bleiben.» Im Einzelnen wurde für die «erweiterte Versuchsphase» festgelegt, die Versuche für die elektronische

Stimmabgabe auszuweiten, vor allem, um Auslandschweizer einzubeziehen. Dabei dürfen 2007 bis 2011 maximal zehn Prozent der Abstimmenden elektronisch abstimmen, wobei die Harmonisierung der Stimmregister in den Kantonen eingefordert wird. Die Schweizer Bundeskanzlei begründet diese bisher nirgends auch nur annähernd erreichte Grenze damit, dass dann im Fall einer Panne beim E-Voting der Urnengang nicht wiederholt werden müsse.

Bei den kantonalen Wahlen am 28. November 2010 hatten in zwölf Kantonen 28'900 Wähler ihre Stimme auf elektronischem Weg abgegeben, etwa ein halbes Prozent der Wahlberechtigten. Jüngst hat der Schweizer Bundesrat als ersten Versuch für Wahlen auf Bundesebene die Gesuche der Kantone Basel-Stadt, St. Gallen, Graubünden und Aargau zur Durchführung eines Vote électronique-Versuchs bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 bewilligt. Dies erlaubt es, den rund 22'000 Auslandschweizer Stimmberechtigten der vier Kantone, ihre Stimme im Herbst elektronisch abzugeben.

Andererseits hat sich der Kanton Zürich – seit 2004 ein E-Voting-Testgebiet der ersten Stunde – entscheiden, das Verfahren bis 2015 auszusetzen. Die Neue Zürcher Zeitung berichtete am 5. Dezember 2010, der Chef des kantonalen statistischen Amtes des Kantons Zürich habe als Wahlleiter erklärt: «E-Voting hat die Erwartungen nicht erfüllt.» Weder sei die Wahlbeteiligung insgesamt gestiegen, noch hätten mehr junge Wähler an den Abstimmungen teilgenommen. Ausserdem lägen die Kosten mit 50 Franken für eine im Inland abgegebene elektronische Stimme und 150 Franken für das E-Voting eines Auslandschweizers unverhältnismässig hoch. Es sei eine Überprüfungspause notwendig.

Ernüchterung in Estland und Skepsis in den USA

Besonders häufig wird in der Debatte um Internetwahlen auf Estland verwiesen. Dort wurde die elektronische Abstimmung am 16. Oktober 2005 bei den Kommunalwahlen zugelassen und von 0,9 Prozent der Wahlberechtigten genutzt. Seitdem wurde das sogenannte E-Voting in Estland bei den Parlamentswahlen im März 2007 von 3,4 Prozent der Wahlberechtigten und bei den Europawahlen im Juni 2009 von 6,5 Prozent der Wahlberechtigten genutzt. Zuletzt gaben bei den Kommunalwahlen im Oktober 2009 über 100'000 Wähler und damit 9,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme per Internet ab, und zwar interessanterweise über alle Altersgruppen hinweg. Eine Erhöhung der Wahlbeteiligung konnte dadurch freilich nicht erreicht werden, vielmehr ersetzte die Internet-Stimmabgabe häufig nur die bisherige Briefwahl.

Im Mutterland des Internets, den USA, unterscheiden sich die Erfahrungen bei Internetwahlen davon nicht wesentlich: Dort wurde das Internet 1999 erstmals eingesetzt, als Florida und das US-amerikanische Ver-

teidigungsministerium elektronische Wahlen durchführten, bei denen Angehörige der Streitkräfte über verschlüsselte Verbindungen mit Hilfe digitaler Signaturen ihre Stimmzettel abgeben konnten. Später wurde bei Präsidentschaftswahlen Übersee-Amerikanern und Angehörigen der Streitkräfte mit ihren Familien die Abstimmung über das Internet ermöglicht. Dieses Projekt wurde allerdings wegen Sicherheitsbedenken wieder eingestellt.

Auf der politischen Ebene liessen die Demokraten in Arizona bei den Vorwahlen zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 11. März 2000 die Möglichkeit der Internetwahl zu. Zwar sank die Wahlbeteiligung insgesamt, weil zu diesem Zeitpunkt das Kandidatenrennen schon für Al Gore gelaufen war. Von den 821'000 registrierten Wählern der demokratischen Partei nahmen nur 86'907 an diesen Vorwahlen teil, davon 39'942 über das Internet. Der Anteil der Stimmabgaben per Internet (41 Prozent) lag damit vor der Briefwahl (38 Prozent), der persönlichen Wahl per Papierwahlschein (16 Prozent) und der persönlichen Wahl per Wahlautomat (fünf Prozent). Möglich war die Abstimmung mit einer PIN (Personal Identification Number) auf einer Wahl-Webseite.

Ansonsten hat es in den USA keine nennenswerten weiteren Versuche mit Internetwahlen gegeben. Allerdings lassen inzwischen alle fünfzig US-Bundesstaaten die Wählerregistrierung im Internet zu. Diese Erleichterung des Erlangens der Wahlberechtigung führt nach neuen empirischen Studien zu einer um etwa zehn Prozent erhöhten Wahlregistrierung, allerdings ohne sichtbare Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung.

Verstärkung statt Mobilisierung

Alle Erfahrungen zeigen also, dass Internet-Wahlen nicht zu höheren Wahlbeteiligungen führen: Es gibt jedenfalls keinen Hinweis darauf, dass Wähler, die ansonsten den Gang ins Wahllokal scheuen, damit mobilisiert werden könnten. Insgesamt basiert die Hoffnung auf eine stärkere Mobilisierung durch Internetwahlen auf einer Fehleinschätzung der Motiven von Nichtwählern. Diese reichen vom politischen Desinteresse bis zur bewussten Protesthaltung und liegen alle ausserhalb des Internets.

Im März 2011 kam auch ein Workshop beim Europäischen Parlament zu einem ähnlichen Ergebnis: «Although there seems to be a necessity to offer more possibilities to Europeans to exchange their views and participate in political processes via the Internet, e-voting as such will most probably not result in an increase of voter participation. In fact, the reasons for voting abstinence are manifold and there seems to be no technological quick-fix to the problem.»

Die sogenannte «Mobilisierungsthese», nach der es durch das Internet in nennenswertem Umfang gelingen könnte, bisher uninteressierte Menschen für Politik zu interessieren, ist inzwischen vielfach widerlegt.

Politisches Interesse lässt sich auch im Cyberspace nicht einfacher generieren als in der Offline-Welt. Aber das Netz bietet – entsprechend der sogenannten «Verstärkungsthese» – den politisch Interessierten und Aktiven ein zusätzliches Forum. Sie nutzen die Vorteile des Internets zur Informationsbeschaffung und Interaktion untereinander.

Das Internet ist also keine neue «Politikwelt» für bisher Uninteressierte, sondern vielmehr eine zusätzliche Bühne für die Akteure in der vorhandenen politischen Offline-Arena. Es wäre für die freiheitliche Demokratie gefährlich, mit dem Internet als politischem Minderheiten-Spielplatz Heilserwartungen zu verbinden, wie dies die Piratenpartei in Deutschland tut, wenn sie fordert: «Im Netz entscheiden sich die Geschehnisse der materiellen Welt.»



Stephan Eisel

Dr. Stephan Eisel ist Autor des soeben erschienenen Buches «Internet und Demokratie» und leitet das Projekt «Bürgerbeteiligung» der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach einem Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und Musikwissenschaft in Marburg und Bonn war Eisel 1983 bis 1992 Redenschreiber und stv. Leiter des Kanzlerbüros bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Danach leitete er u.a. die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er verfasste u.a. die Bücher, «Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie», «Musik und Politik» und «Helmut Kohl – Nahaufnahme».

Weitere Informationen unter www.stephaneisel.de.

STAATLICHKEIT IM NETZ: WAS WÜRDEN MACHIAVELLI HEUTE RATEN?

Neue Technologien verändern die Gesellschaft, was Staaten vor neue Herausforderungen stellt. Der Autor plädiert fürs Konzept der «offenen Staatskunst», bei der Öffnung und Partizipation mit einer hierarchisch strukturierten Staatslenkung verbunden werden. Dies erfordert, dass Organisationen die Logik der Offenheit internalisieren. Zum Beispiel könnten Geodaten, die durch die digitale Vernetzung entstehen, öffentlich gemacht werden, was eine erhöhte Wertschöpfung mit sich bringen würde.

Keywords: Geodaten, Machiavelli, Open Government, Social Media, Staat, Transparenz, 21. Jahrhundert

Philipp S. Müller

«Hörer sollen zum Mitspieler werden.»

Bertolt Brecht (Radioexperiment, 1929)

Bertolt Brechts utopische Vision aus den späten 1920er-Jahren, den Rundfunk aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln, ist wahr geworden – und noch mehr: Das Internet erlaubt neue Formen kollektiven Handelns und verändert die Organisation. Mehr als nur mit einer neuen Medienlandschaft haben wir es mit einer gesellschaftlichen Zeitenwende zu tun und das erleben wir hautnah in Stuttgart, Tunesien oder Ägypten, bei der Wikileaks-Diskussion oder auf Twitter. Und da ökonomische Wertschöpfung heute hauptsächlich digital stattfindet, verändert sich gleichzeitig auch unsere Wirtschaft radikal: Die am schnellsten wachsenden Unternehmen wie Facebook oder Google basieren auf der informellen Mitarbeit von mehreren 100 Millionen «Mitarbeitern» pro Tag. Selbst Unternehmen in der Old Economy, wie das Zementunternehmen CEMEX, generieren ihren Wert hauptsächlich durch die intelligente Organisation ihrer digitalen Kommunikationswege. Herkömmliche massenmediale Informationswege, die weitgehend als Einwegkommunikation (Eins-zu-Viele) strukturiert waren, werden in der Netzwerkgesellschaft (die auf dem Viele-zu-Vielen-Prinzip beruht) unwichtiger. Die Netzwerkgesellschaft hat die Transaktionskosten für gemeinschaftliches Handeln so weit reduziert, dass neue Organisationsformen in Politik und Verwaltung entstehen, die andere, offene Wertschöpfungsketten ermöglichen.

Aber wie bei den meisten umgesetzten Utopien hat unsere neue, offene Welt auch ihre Schattenseiten. Stuxnet, Wikileaks sowie die Krise der traditionellen Medien sind nur einige Beispiele. Diese neue offene Welt stellt unser Denken über strategisches Handeln auf den Prüfstein.

Eine historische Analogie

Einer der frühesten Denker, der das herausziehende humanistische Paradigma erkannte und in moderne strategische Überlegungen zu übersetzen wusste, war der Staatstheoretiker Niccolò Machiavelli. Ihm war bewusst, dass die philosophische Rückbesinnung auf die Antike und der damit verbundene neue Humanismus die Legitimationsgrundlage für gesellschaftliches und staatliches Handeln verändern würde. Ihm war klar: Die anhaltende Führungskrise der Regierungen in der einsetzenden Moderne lag darin begründet, dass Autorität und Machtmonopole nicht mehr durch den Rückbezug auf eine transzendente Macht (Gott) legitimiert werden konnten. Bis ins 16. Jahrhundert reichte es aus, Herrschaftsansprüche durch einen Verweis auf göttliche Gnade zu begründen. Doch Machiavelli erkannte früh die Notwendigkeit einer innerweltlichen Legitimierung und er formulierte dieses Wissen als Machttechniken und strategisches Rahmenprogramm für die Fürsten und Staatslenker.

Wir leben auch heute in bewegten Zeiten und die sich anbahnenden Veränderungen sind ebenso einschneidend wie zu Machiavellis Zeiten. In allen Bereichen der Ökonomie, Politik und Zivilgesellschaft verabschieden wir uns von hierarchisch strukturierten Organisationsformen und treten ein in netzartig strukturierte Organisationen. Aber unsere Begrifflichkeiten, Konzepte und kulturellen Bilder sind so tief im letzten Jahrhundert verankert, dass es uns schwerfällt, das grosse Potential dieses neuen gesellschaftlichen Paradigmas zu erkennen. Seit Wittgenstein wissen wir, dass viele unserer Denkfehler auf sprachlichen Verwirrungen beruhen. Wir anthropomorphisieren Institutionen, wir verdinglichen Konzepte und wir vergleichen über Kategorien hinweg. Einer solchen sprachlichen Verwirrung scheinen wir auch hier zu erliegen.

Strategieanleitung für eine offene Welt

Wir brauchen dringend eine Strategieanleitung für diese offene Welt, die ich in ihren Grundzügen im Folgenden skizzieren möchte. Machiavelli stellte sich der Herausforderung, den Übergang von einer von göttlichem Willen unterworfenen Welt hin zu einer Welt, in der Freiheit und Wahlmöglichkeiten herrschten, analytisch zu erfassen. In ähnlicher Weise müssen wir nun den Versuch wagen, die Grundprinzipien der Netzwerkgesellschaft herauszuarbeiten, um zukunftsweisende Strategien für erfolgreiches Führen und kollektives Handeln im 21. Jahrhundert zu entwickeln. Man stelle sich nur einmal vor, was Machiavelli heute in Anbetracht der gegenwärtigen Probleme und Möglichkeiten raten würde. Machiavelli hätte seinem Fürsten im 21. Jahrhundert ganz sicher empfohlen, von nun an offene Wertschöpfungsketten zu generieren, um aus gemeinsam akkumuliertem Wissen und internetbasierter Zusammenarbeit umfassenden Gewinn (für sich und das Gemeinwohl) zu schlagen. Staatlichkeit als Organisationsform wurde erst mit der Moderne zum durchschlagenden Erfolg. Noch zu Machiavellis Zeiten kontrollierte der Staat nur ca. zehn Prozent des damaligen Bruttosozialprodukts, erst mit den neuen Organisations- und Steuerungsansätzen in Kombination mit der «Sta(a)tistik» konnte sich der Staat zu dem Erfolgsphänomen, mit dem wir heute konfrontiert sind, entfalten.

Open Government – Staatlichkeit als Plattform

Open Government ist in vielen Ländern zum Leitbild bzw. Ziel in ihrem Modernisierungsprozess geworden. Auch in der Schweiz, Österreich und Deutschland wird das Thema diskutiert, zumal die Europäische Union diese Entwicklung fördert und auch fordert. Die Open Government-Entwicklung wird hierzulande jedoch noch zu einem ganz wesentlichen Teil von Akteuren und Institutionen ausserhalb von Politik und Verwaltung angetrieben. Und noch liegt der Fokus nur auf Open Data-Strategien, dem freien Zugang zu öffentlichen Daten und den daraus folgenden Wertschöpfungsketten.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen Transformationen historischen Ausmasses, ähnlich revolutionär wie die gesellschaftlichen Umwälzungen in Europa, die durch den Buchdruck im 15. Jahrhundert befördert wurden. Digitalisierung, offene Standards und Kollaborationsplattformen reduzieren Transaktionskosten so radikal, dass netzwerkartige, «flüssigere» Organisationsformen möglich werden: Transparenz und Schnittstellen zu Fachleuten und zu Bürgerinnen und Bürgern, zu lokal spezifischem Wissen erlauben völlig neue Formen von Verwaltungshandeln und neue Wertschöpfungsketten. In einer Welt, in der wir Politik und Verwaltung als offene Plattformen verstehen, brauchen wir dabei jedoch Strategen, die sich dieser neuen Logik bedienen. Technologien alleine verändern

nicht viel. Erst Technologien und neue Paradigmen verändern die Gesellschaft.

Mit dem «Konzept» E-Government allein, also der IT-Unterstützung für Prozesse und Aufgaben und mit Prozessreorganisation, können diese Herausforderungen nicht bewältigt werden. E-Government stellt die Art und Weise des Regierens und Verwaltens nicht ganzheitlich auf den Prüfstand, sondern begnügt sich allzu oft mit dem Ergebnis einer partiellen Neujustierung entlang technischer und gesellschaftlicher Kontexte. Um im 21. Jahrhundert erfolgreich Werte zu schöpfen bedarf es vielmehr des strategischen Einsatzes von Offenheit: Nur wem es gelingt, das implizite Wissen der Mitarbeiter mit zu nutzen *und* nicht in der Organisation beschäftigte Beteiligung zu organisieren, wird erfolgreich Zukunft mitgestalten können. Dies gilt sowohl für Unternehmen als auch für die Zivilgesellschaft, sowohl für die Politik als auch für die Verwaltung. Das Konzept der «offenen Staatskunst» kann dieses Thema angehen. In dem Konzept spiegelt sich das Versprechen einer strukturierten Offenheit, die als strategische Option von Entscheidungsträgern in unterschiedlichsten Organisationsformen eingesetzt werden kann und substanzielle Partizipationsstrukturen einschliesst. Auch wenn es zunächst kontraintuitiv erscheint, den Gedanken von Öffnung und Partizipation mit der hierarchisch strukturierten, oft hinter geschlossenen Türen ablaufenden Kunst der Staatslenkung zu verbinden – es dürfte schnell klar werden, dass es das einzig Sinnvolle ist, um den Herausforderungen des neuen Jahrtausends zu begegnen.

Die drei Dimensionen von Offenheit

Die Fragen, die sich strategische Entscheider in Organisationen stellen müssen, sind: Wie kann ich Offenheit strategisch einsetzen, um Wertschöpfung zu ermöglichen? Wie organisiere und manage ich die kollaborierenden Communities? Und: Welche Applikationen bzw. welche konkreten Applikations-Interfaces muss ich definieren, um neue Formen der Kollaboration zu ermöglichen?

Die erste Frage ist strategisch, die zweite operativ und die dritte technisch. Nur wenn alle drei Dimensionen zusammengeführt werden, kann Offenheit erfolgreich zur Wertschöpfung beitragen. Es gibt viele Beispiele, wo auf der technischen Ebene Offenheit hergestellt wurde, dies aber nicht mit der strategischen und operativen Ausrichtung zusammenpasst, wie beispielsweise in vielen Wissensmanagementprojekten der 1990er-Jahre. In anderen Fällen gab es den strategischen Willen und die technische Umsetzung, die Projekte scheiterten hier jedoch im operativen Community-Management – beispielsweise Bürgerbeteiligungshaushalte mit zu geringer Partizipation der Bürger. Gerne wird an dieser Stelle über Politikmüdigkeit philosophiert, auch wenn es sich meist um fehlendes Community-Management handelt. Aber auch Projekte, die technisch sauber und operativ erfolg-

reich geführt worden sind, scheitern, wenn sie nicht strategisch in die Ziele der Organisation eingebunden werden. Das OpenOffice-Projekt bei Oracle kann beispielhaft genannt werden. Strategische Offenheit, die nicht in allen drei Dimensionen funktioniert, muss scheitern.

Die Organisation von Offenheit muss deshalb, aus den zuvor genannten Gründen, Kernaufgabe der Führungsebene sein. Dabei muss die strategische Ausrichtung (warum offen?), mit der operativen (wer ist zuständig? Wie sichern?) und der technischen (welche Applikations-Interfaces?) in Einklang gebracht werden. Nur wenn wir es schaffen, die Logik von Offenheit zu internalisieren, können wir sie wirksam als Organisationsform einsetzen. Dazu braucht es mehr als ein Lippenbekenntnis zu Social Media.

Ein praktisches Beispiel: Offene Geodaten

Die Strukturierung des Zugangs zu öffentlich erhobenen Geodaten ist eine der grössten Herausforderungen auf politischer Ebene im beginnenden 21. Jahrhundert. Fast 80 Prozent aller Prozesse in Wirtschaft und Verwaltung referenzieren Geo- oder Statistikdaten. In einer Welt, in der Wertschöpfung hauptsächlich digital stattfindet, wird derjenige ungeheure Standortvorteile haben, der es schafft, die analoge Welt einfach und transparent digital abzubilden. Scheinbar rein technische Fragestellungen werden wichtige Implikationen für Ökonomie und Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten haben. Die EU hat diese Tatsache erkannt und fordert daher in der INSPIRE-Richtlinie die Bereitstellung (fast) aller öffentlicher Geodaten im Internet.

Das globale satellitenbasierte Lokalisierungssystem GPS (Global Positioning System), das sich als das weltweit wichtigste Ortungsverfahren etabliert hat, kann hier als Analogie betrachtet werden. Als im Jahr 1983 der Flug 007 der koreanischen Fluggesellschaft über dem Territorium der Sowjetunion abgeschossen wurde, hat der damalige Präsident Ronald Reagan bekanntgegeben, dass das (damals zukünftige) Satellitenortungssystem für die zivile Nutzung frei und kostenlos verfügbar gemacht werden soll. Die Entwicklungskosten (5-10 Milliarden US-Dollar) und die jährlichen Betriebskosten (ca. 1 Milliarde US-Dollar) wurden von der amerikanischen Regierung übernommen. Heute hat sich um diese Basistechnologie ein Mehrwert-Ökosystem von Firmen entwickelt, das ein jährliches Volumen von ca. 50 Milliarden US-Dollar hat, sekundäre Abstrahleffekte (Logistik, Personenverkehr, Sicherheit) von mehreren Billionen Dollar generiert und als notwendige Grundlage unserer globalisierten Wertschöpfung dient.

Mehrwert-Ökosysteme und Abstrahleffekte in ähnlichem Ausmass können auch generiert werden, wenn die in Deutschland dezentral verfügbaren digitalen Geodaten flächendeckend, einheitlich und strukturiert verfügbar gemacht werden. Studien des

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und des Wirtschaftsministeriums des Landes NRW unterstellen dem (direkten) Geodatenmarkt ein Potential von annähernd 10 Milliarden Euro allein in Deutschland, wovon bisher allerdings 80 bis 90 Prozent nicht ausgeschöpft sind. Vor diesem Hintergrund stellen sich mehrere Grundsatzfragen für Politik und Verwaltung in allen europäischen Ländern: Wie integrieren wir die Geodaten von mehr als 50'000 Verwaltungseinheiten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene? Ist ein nationales Geodatenregister erforderlich und machbar?

Diese Fragen können nicht auf der Arbeitsebene beantwortet werden, wo sie heute angegangen werden, sondern es ist wichtig, sie im politischen Diskurs auf höchster Ebene zu platzieren, um über föderale Grenzen hinweg gemeinsame Lösungen zu finden und umzusetzen. Aber unsere Politik interessiert sich nicht wirklich dafür und unser gesamtgesellschaftlicher Diskurs ist auch noch nicht so weit. Wir alle müssen uns an unseren eigenen Schopf greifen, lernen umzudenken und die soziale Logik der vernetzten Welt spielen lernen, um das Potential von Staatlichkeit im Netz zu heben!



Philipp S. Müller

Philipp S. Müller ist Business Development Director für den Öffentlichen Sektor bei CSC in Deutschland and Academic Dean der Business School (SMBS) der Universität Salzburg. Bis 2007 war er Professor an der Graduate School for Public Administration and Public Policy of Tecnológico de Monterrey, Mexico (EGAP – Tec de Monterrey). Seine Alma Mater ist die Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er arbeitet seit Jahren an der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft und interessiert sich für veränderte Organisation, Strategie und Führung in einer digitalen Welt. Anfang 2012 erscheint sein drittes Buch «Machiavelli.net - Strategie für eine vernetzte Welt» bei Scoventa.

DIE MACHT DER BILDER

Fotografien bilden unsere Welt nicht einfach ab, sondern sie erschaffen eine neue Wirklichkeit. Das zeigt sich sehr deutlich an den Bildern von 09/11, die zuweilen als «Ikonen» bezeichnet werden. Der Kunsthistoriker Gottfried Boehm führt die «Ikonenhaftigkeit» der Bilder von 09/11 auf ihre universelle und simultane Präsenz zurück. Die Bilder bleiben – trotz aller Grausamkeit – vieldeutig und sie ermöglichen Raum für Assoziationen und politische Spekulationen.

Keywords: 09/11, Bilder, Ikonen, Macht, Medien

Gottfried Boehm

Man hat die Fotos von 09/11 die ersten Bilder des 21. Jahrhunderts genannt, um damit nicht nur ein denkwürdiges Datum, sondern viel mehr noch eine tiefgreifende Zäsur im Bewusstsein anzuzeigen. Als jüngst Aufnahmen des explodierenden Kernkraftwerkes in Fukushima um die Welt liefen und wiederum eine starke Erschütterung und politische Beben auslösten, sah man die These von der befremdlichen Macht der Bilder ein weiteres Mal bestätigt. Sie besagt, in aller Kürze, dass Bilder selbst zu einer aktiven historischen Grösse geworden sind.

Gründe genug, über die Bilder neu und grundlegend nachzudenken. Das ist seit den 1990er Jahren verstärkt geschehen. Von einem «iconic turn» war und ist die Rede, auch davon, die ganz andere Logik der Bilder wissenschaftlich zu durchleuchten. Dazu eignen sich spektakuläre Exempel in besonderer Weise.

Weltliche Ikonen

Was zeichnet nun die Bilder der brennenden Türme des World Trade Center (WTC) in New York aus? Warum hat man sie «Ikonen» genannt? Offensichtlich war und ist zu spüren, dass sie nicht nur dokumentieren, was geschehen war, sondern ein Eigenleben entfalten; als wirkungsvolle Agenten im öffentlichen Leben mitspielen. Ikonen – das sind ja ursprünglich sakrale Bilder, denen heilsame Kräfte zugeschrieben wurden, die auf ihre Verehrer überggesprungen sind. Von welcher Art aber wären nun die Kräfte jener profanen Ikonen? Entspringen sie nicht einfach individuellen Projektionsbedürfnissen? Achten wir zunächst auf den medialen und politischen Kontext, innerhalb dessen die Bilder agieren. Denn Bilder sind ja nicht erst heute auch politische Grössen – sie sind es heute aber auf eine ganz andere Weise. Für die Differenz sorgen die Computer, das heisst digitale Technologien, die aus dem von Hause aus trägen Bild zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte ein flüssiges Medium der Kommunikation gemacht haben. Seine Reichweite ist global, sein Tempo nahezu verzögerungsfrei. In allen Ecken der Welt wurden Medienbühnen aufgeschlagen, auf denen einzelne der Bilder – dank TV, Internet, Presse – Auftritte hinlegten, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte.

Ein Milliarden zählendes Publikum gerät für Stunden, Tage oder Wochen in den Bann der gleichen Darstellungen. Die Bilder um 09/11 schaffen sich eine universelle und simultane Präsenz. Dabei treffen sie auf eine stets hungrige Aufmerksamkeit, auf das gigantische Reservoir psychischer und geistiger Energien der Zuschauer. Diese bilden den Resonanzboden aus, den Erfahrungsraum, in dem sich Wirkungen machtvoll entfalten. Aber nur wenige Bilder gewinnen den Status von «Ikonen», sind stark genug, ins Zentrum einer stets zerstreuten Sensibilität des Publikums vorzudringen.

Aber welche unter den Bildern sind überhaupt imstande, derart extreme Effekte zu generieren, sich dem kollektiven Bildgedächtnis einzuprägen? Sind doch die meisten so schnell konsumiert wie vergessen. Offenbar beziehen sie ihre Durchschlagskraft in diesem Falle aus der monströsen Masslosigkeit der Katastrophen, der sie zuallererst ein Gesicht geben. Das Übermass ist es auch, das die starken Emotionen mobilisiert, die den Boden des Alltagslebens vieler Menschen erzittern lassen.

Die medialen Schau-Bühnen adressieren sich an das Auge, auch dann, wenn Sprache mitspielt. Sie stimulieren die eigentliche raison des Bildes: schnell, wortlos und einleuchtend zu kommunizieren und dabei etwas Unschätzbare zu leisten. Nämlich Überblick zu schaffen, einen konsistenten und sinnlichen Eindruck des Ganzen zu vermitteln – was in einer zunehmend abstrakten, vernetzten und unverständlichen Welt ein kostbares Gut darstellt. Ihm verdankt sich die ikonische Medienrevolution vor allem. Wer Bilder klug zu gebrauchen versteht, zum Beispiel als Politiker oder Werbemensch, der muss auf Lesefähigkeit nicht hoffen und erreicht doch Auge, Herz und Verstand, nimmt Menschen für sich ein. Diese der Übersetzung nicht bedürftige Sinnvermittlung, die Potenz des Zeigens, gehört angesichts der weltweiten babylonischen Sprachverwirrung zu den stärksten Kräften des Bildes. Wenn Bilder eine historische Zäsur gesetzt haben, dann deshalb, weil die Menschheit nicht länger nur hört, was ihr gesagt wird, sondern zum Augenzeugen geworden ist. Der Zeuge aber vertraut auf visuelle Evidenzen, und er ist derjenige, der dabei ge-

wesen ist. Die Macht der Bilder meint insoweit und generell: Teilhabe. Im Fall von 09/11 in verstärkter Masse. Darin unterscheidet sich diese Art der Bilder auch von suggestiven Hollywoodproduktionen. So sehr deren Monster das Publikum mit grausigem Vergnügen erfüllen, der Reiz der Fiktion bleibt doch ein anderer als derjenige einer Partizipation am Realen.

Schwierige Bildkritik

So sieht es jedenfalls aus. Doch welche Kriterien stehen uns eigentlich zu Gebote, Bilder von Bildern zu unterscheiden? Der Betrachter der Fotos von 09/11 sieht sich in seiner Kritikfähigkeit auf die Probe gestellt. Allein schon deshalb, weil sie stets in einer Gemengelage wahrgenommen werden, als Teil des alltäglichen Bildkonsums. Wir haben uns einen starken Magen zugelegt, die Fähigkeit des Wegsehens und des leeren Blickes entwickelt, mit der wir der Flut des Unterschiedlichen begegnen: den Pressefotos, den Charts und Diagrammen, den Infografiken, Werbefildern und Webseiten, den Zeichnungen, Gemälden, den bewegten Bildern in TV, Kino oder Internet – alles Bilder, Bilder über Bilder. Wenn wir hinter sie nicht mehr zurückkommen, dann bedarf es einer Aufklärung, die nur Bildkritik heißen kann.

Hinlich erscheint vor allem eine Norm, von der wir uns verabschieden sollten. Denn sie macht uns gegenüber der Kraft der Bilder recht eigentlich blind. Wir tragen nämlich die Vorstellung mit uns herum, dass Bilder, in irgendeiner Technik, «wiedergeben», was bereits ist. So gesehen, sind sie Doubles, Doppelgänger des Realen. Sind sie das nicht wirklich?

Jedoch auch die engste bildliche Anbindung bedarf des Akts einer künstlichen Hervorbringung. Man sollte das Dargestellte nicht mit der Darstellung verwechseln. Bilder sind stets gemachte – sie sind es, wenn wir sie Kunst nennen, aber auch dann, wenn sie sich in den Dienst des Alltags stellen. Dem Bild ein eigenes Potenzial und eine Logik des Zeigens zuzubilligen, schafft Zugang nicht nur zu seinen positiven Möglichkeiten, sondern auch zu den ikonischen Strategien der Lüge. Denn sie können zeigend verbergen oder entstellen.

Im Fadenkreuz

Als im Gefolge von 09/11 der Irakkrieg begonnen worden war, wurde einem weltweiten Publikum neben einer «eingebetteten» Bildberichterstattung, die Authentizität und Zeugenschaft vorgab, eine bemerkenswerte Blicklenkung untergeschoben. Sie diente dazu, den proklamierten «sauberen» Krieg unter Beweis zu stellen. Zu sehen war der bewegte Bildausschnitt einer Beobachtungskamera, an Bord einer Rakete, die gerade dabei war, ihr Ziel zu erreichen. Der Betrachter visierte mit dem gleichen Fadenkreuz, mit dem sich auch das Geschoss orientierte. Hatte es getroffen, erlosch auch das Bild und damit jede Möglichkeit, das angerichtete Desaster kennenzulernen. Das

Bildklischee technischer Perfektion und Ereignisnähe verdrängte mit der Leichtigkeit eines Computerspiels die eigentliche Dimension der Wirklichkeit. Von den Bildern von 09/11 kann man dies gerade nicht sagen. Die Hintermänner des Terrors von 09/11 haben auf überlegte Weise Regie geführt, nicht zuletzt, was die Objekte des Angriffs anbelangt. Die partielle Zerstörung des Pentagons in Washington hat kein vergleichbar zugkräftiges Bild hinterlassen. Die Gründe dafür sind ikonographischer Natur. Denn die doppelten Türme des WTC waren nicht nur ein ökonomisches Zentrum, sondern auch ein Symbol. Mit ihnen verband sich eine starke visuelle Rhetorik, weil sie im Wald der Hochhäuser Manhattans noch besonders aufragten. Ihre Höhe vermittelte auf gebündelte Weise Energie und Macht. Deren prinzipielle Unsichtbarkeit wurde in ihnen greif- und anschaulich. Was derart erhoben ist, suggeriert etwas Erhabenes: Überwältigung. Seit die alten Ägypter diesen Bildgedanken mit den Obelisken erstmals praktiziert hatten, wurde eine derartige Architektur der «Male» oft wiederholt. Ihre Mischung aus Fragilität und monumentaler Dauer fasziniert bis heute.

Wie sehr die Doppeltürme nicht nur in die Welt der amerikanischen Ökonomie gehörten, sondern in den Raum der kollektiven nationalen Imagination, wurde definitiv deutlich, als sie eingestürzt waren. Gesellschaften leben nicht vom Geld allein, sondern ebenso sehr vom Imaginären, das sie verbindet. Weswegen sich an Bildern auch Konflikte entzünden: Man denke an die Mohammed-Karikaturen oder die Demütigungen von Abu Ghraib. Ohne Bilder keine Gemeinschaft. Al-Kaida hat also nicht nur einen extremen menschlichen und materiellen Schaden angerichtet, sondern das amerikanische Herz getroffen.

Komplexität reduzieren

Bilderstürze zielen stets aufs Zentrum. Und als die amerikanischen Soldaten einige Zeit später in Bagdad das Denkmal von Saddam Hussein vom Sockel holten, zerstörten sie ein Bild. Wieweit aber diese Genußnahme trägt, ist eine ganz andere Frage.

Es lohnt sich, die Bilder genau zu betrachten, denn ein jedes funktioniert etwas anders, gerade weil sich der Zufall einmischt. Zu ihrer Überzeugungskraft aber gehört, dass sie das chaotische Geschehen, auf das sie sich beziehen, umformen. Dabei werden viele Informationen ausgeschieden, auch die dramatische Erzählung mit all den Szenen des Entsetzens, der Verzweiflung und des Todes. Eine gehörige Distanz reduziert die Komplexität. Was heraustritt, sind die beiden weissen Male vor strahlend blauem Himmel. In sie schiessen pfeilartig die beiden Flugzeuge und explodieren in einem Feuerball, der die Architekturen in einer Lawine aus Staub zu Boden sinken lässt. Distanz und visuelle Reduktion geben den Fotos wie den Filmen eine kalte und grausame Schönheit, so wenig sie ein Werk der Kunst sind. Ihrer Wirkung tut

dies keinen Abbruch. Im Gegenteil: Das, was man auf ihnen nicht sieht, trägt zu ihren starken Effekten bei. Ihre Vieldeutigkeit eröffnet ein breites Spektrum an Assoziationen, das von Schrecken und Mitleid über grausame Zustimmung bis zur ästhetischen Distanz reicht. Gerade weil sie vieles offenlassen, können sie so verschieden aufgenommen werden, man denke nur an ihre Rezeption in der arabischen Welt. Auf den weltweiten Medienbühnen wurde das gleiche Bild ganz verschieden wahrgenommen. Die Bilder von 09/11 schildern die Realität nicht nur, sondern machen sie erfahrbar.



Gottfried Boehm

Gottfried Boehm kam 1942 im böhmischen Braunau zur Welt. Er studierte Kunstgeschichte, Philosophie und Germanistik in Köln, Wien und Heidelberg. Promotion 1968 in Philosophie, Habilitation 1974 in Kunstgeschichte in Heidelberg. Seit 1986 ist er Ordinarius für Neuere Kunstgeschichte an der Universität Basel. Fellow des Wissenschaftskollegs zu Berlin (2001/2002) und Direktor des Nationalen Forschungsprogramms (NFS) «Bildkritik» (2005). Seit 2006 korrespondierendes Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften; seit 2010 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina; im Jahr 2011 Inhaber der Johannes-Gutenberg-Stiftungsprofessur.

RÜCKWIRKEND BIS IN ALLE EWIGKEIT

Eine der Konstanten der neueren Geschichte sind die Inkonsequenzen der Politiker. Gründe dafür gibt es jede Menge. In erster Linie liegen sie in ihren persönlichen Ambitionen. Seit etwa zehn Jahren kommen ihnen die sozialen Netzwerke auf die Schliche. Deren Verbreitung hat neue Risiken heraufbeschworen – aber noch nicht überall die geeigneten Entgegnungsstrategien ins Bewusstsein gerückt.

Keywords: Cyber War, Innovation, Manipulation, Personenprofile, Politiker(innen), Soziale Medien, Virtual Terrorism

Daniel Stanislaus Martel

«Was kümmert mich mein Partygeschwätz von gestern?» Dieses Konrad Adenauer zugeschriebene Bonmot fasst die Ansicht vieler Politiker, ungeachtet ihres Lagers, zusammen. Dabei stellen Journalisten ihre Recherchen an, entreissen alte Texte dem Staub der Ablage, entlocken Weggefährten pikante Details und rekonstruieren im Zeitungsarchiv Äusserungen. Politiker sollten dies eigentlich wissen. Trotzdem verlieren sie immer wieder den Überblick über Worte und Taten. Seit einem Jahrzehnt zerran die neuen Medien ihre manchmal blasierte Gleichgültigkeit gnadenlos ans Licht. Nicht nur Politiker sollten auf der Hut sein. Umlernen tut Not, morgen mehr noch als heute.

Kommunikation mit Vergangenheit und Zukunft

Vermutlich ebenso alt wie die Menschheit sind Versuche, andere im gewünschten Sinne zu beeinflussen. Wann jene merkten, dass Anliegen, Ansprüche und tatsächliches Leben des Versuchers irgendwie nicht zusammenpassten, verliert sich im Dunkel der Urgeschichte. Im Gegensatz zu allen anderen Geschöpfen lernte der Mensch, indirekt zu kommunizieren. Abstrakte Zeichen auf einer stofflichen Unterlage halten Worte und Gedanken fest. Diese sind ausserhalb der Reichweite ihres Erzeugers rekonstruierbar. Je dauerhafter ihr Datenträger, desto leichter überleben Informationen ihren Sender. Dadurch ist seit Jahrtausenden nicht nur ein räumlicher, sondern auch ein zeitlicher Austausch im Gang. Ab dem späten 19. Jahrhundert wurden die Medien immateriell. Elektromagnetische Wellen verbreiteten das Gesagte zunehmend in Echtzeit. Dadurch verkürzte sich das Entscheidungszeitmoment des Senders. Gleichzeitig multiplizierte sich die Wirkung übergangener Fehler mit der Anzahl Zuhörer. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts reduzierte das Fernsehen die Zeitreserve zwischen Kommunikation und Empfang auf Null. Ein Patzer im Interview wurde oftmals einem Millionenpublikum bekannt – und blieb in dessen Erinnerung. Die elektronischen Medien bewahren nicht nur den Inhalt der Kommunikation auf – sondern auch Art und Weise des Austauschs. Letztere wurde bald zum Fluch. Immer wieder werden Politiker Opfer ihrer Vergangenheit.

Das Unumkehrbare

Politik war immer Teil der Gesellschaft. Noch jede Zivilisation basierte zumindest in Ansätzen auf der optimalen Ressourcenallokation aus Synergien durch Arbeitsteilung. Die Umsetzung neuer Ideen hat beide stets verstärkt und verfeinert. Wann immer jemand einen Mangel empfindet, etwa zu geringe Leistung, fehlenden Komfort oder zu wenig Optionen, so denkt er über Auswege nach. Findet er eine praktikable Antwort dafür, so muss er meistens Entscheidungsträger überzeugen. Diese Investoren führen die Erfindung zur Serienreife. Wird diese erreicht, erahnen ähnlich fühlende Personen deren Vorteile. Hält die Neuerung ihre Versprechungen, so erzielen diese Pioniere einen Komforts- oder Produktivitätsvorsprung. Erkennen ihn auch andere, adaptieren sie das Neue ebenfalls. Diese «Frühumsteiger» verhelfen der Lösung zum Durchbruch. Immer mehr Menschen machen sie zum Teil ihres Lebens. Schliesslich wird die Sache Element der Gesellschaft. Dadurch wird die Erfindung zur Innovation. Haupttreiber ist neues Denken und Verhalten. Üblicherweise löst dies weitere Entwicklungen aus. Ein Beispiel ist die Automobilbranche mit Radios, Kindersitzen und Navigationssystemen.

Andere gesellschaftliche oder gesetzliche Gegebenheiten regen ebenfalls Prozesse an. Beispiele sind der Abgaskatalysator in den 80er Jahren oder derzeit Hybridantriebe. Manchmal zeigen Neuerungen später negative Auswirkungen oder werden hinterfragt, wie etwa das Insektizid DDT oder die Atomenergie. Es ist jedoch unmöglich, Innovationen zu «annullieren». Zweifel und Zweifler sind vielmehr Quelle weiterer Erfindungen und Innovationen.

Politik als Teil der Gesellschaft

Die Karriere der sozialen Netzwerke in der Politik illustriert diesen Wandel exemplarisch. Nach 1975 regten neue elektronische Komponenten, die trugen Grossrechen-systeme und die Kreativität der Hochschulabgänger Kaliforniens erste Kleincomputer für Tüftler an. IBM ebnete dem persönlichen Computer den Weg in das Berufsleben. Textverarbeitung, Tabellenkalkulation oder Adressverwaltung waren bald nicht mehr

wegzudenken. Das neue Gerät löste eine anhaltende Flut weiterer Erfindungen und Innovationen aus. Beispiele sind Bildbearbeitung oder betriebliche Anwendungen.

Bereits in der Frühzeit trafen einige Prognosen nicht ein. Die wohl berühmteste war das «papierlose Büro». Seit den 1960er-Jahren wurde es regelmässig in populärwissenschaftlichen Ausblicken skizziert. Der Grund dafür war einfach: Die wohl grösste positive Veränderung durch den Computer im Vergleich zum Vorzustand war die schnelle Korrektur. In der Welt vorher wandten (nicht nur Politiker) viel Sorgfalt auf, wenn sie ein Dokument erstellten. Der Aufwand war beträchtlich, nicht zuletzt das endgültige Abtippen. Für «alle Zeiten» würde der Text da sein. Wer kommunizierte mehr im Rahmen einer Gesamtstrategie oder eines stufenweise realisierten Lebensprojektes als die Politiker?

Ende der 1980er wurden die Rechner mobil und Teil zusammenwachsender Datennetze. Die Erschöpfung der Planwirtschaften, Technologiesprünge und allgemeine Euphorie nach einem gefühlten «Ende der Geschichte» leiteten weitere Neuerungen ein. Zusammen mit dem 1989 erfundenen Navigator für das schon länger existierende Internet eröffnete diese Entwicklung die Dezentrie der Globalisierung. Neben dem Zwang zu beschleunigter Entscheidungsfindung spielte auch der immer gnadenlosere Konkurrenzdruck eine Rolle. Getrieben wurde alles durch die weltweite Kommunikation in Echtzeit, konsequente Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen nach Fernost.

Dieselben Mittel ebneten den Weg zur absoluten Publikationsfreiheit. Jedermann konnte einen weltweit zugänglichen Blog eröffnen. Natürlich entdeckten auch Politiker das Netz. Später aktivierten auch sie Miniblogs respektive Tweets. Diese Nutzung führte zu einer neuartigen «Instantkommunikation». Sie reduzierte politische Dialoge auf griffige und suchmaschinenkonforme Slogans.

Informatik und Internet führten auch zu unvorhergesehenen Entwicklungen. Eine davon waren zusätzliche Steine im Weg von Langzeitarbeitslosen. Manch einer konnte früher durch ein originelles Dossier oder bei Spontanbewerbungen punkten. Da spielten das geschickte in einen komparativen Vorteil umgewandelte Alter und die Lücken im Lebenslauf keine Rolle. Internetportale fordern unerbittlich Jahrgang und lückenlose Auflistung einschliesslich genauer Daten. Bereits beim ersten Durchgang eliminiert die Personalabteilung alle über 45. Kandidaten mit tieferen Sozialansprüchen gibt es genug.

Die dunkle Seite der Innovation

Viele Entwicklungsprozesse lösen neben den erwarteten Verbesserungen noch etwas anderes aus: Gewandelte Lust an Zerstörung. Sie beruht auf Opportunismus, Machtkalkül oder Vandalismus, also Drang

nach Bereicherung, Konkurrenz oder gelangweilter Zerstreuung. Bereits in der PC-Frühzeit wurde Datendiebstahl bekannt. In der Kaffeepause war rasch eine Diskette eingeschoben. Erkenntnisse liessen sich verwerten oder verkaufen. Als das Internet die Erde überzog, lockte es neue destruktive Energien hervor. Ihre bekannteste Quelle sind Hacker. Unbefugt dringen sie in fremde Rechner ein. Hauptziel ist neben Datendiebstahl Sabotage. So werden Webauftritte technisch manipuliert und inhaltlich verändert. Die Beispiele im Vorfeld von Wahlkämpfen sind Legion.

Schliesslich kamen Bot-Netze. Dabei stellen eingeschleuste Programme die befallenen Computer dem Angreifer zur Verfügung. Genutzt werden sie zunächst für so genanntes Spammen. Immense Mengen an betrügerischen Werbenachrichten werden an illegal erworbene E-Mail-Adressen versandt. Das zweite ist der gezielte Angriff auf Netzpräsenzen. Die manipulierten Rechner rufen jene permanent an. Ab einem bestimmten Verkehrsvolumen wird die Webseite unerreichbar. Unzählige politische Personen und Institutionen, ja ganze Staatsapparate, kennen dies. Die Verteidigung dagegen ist noch lückenhaft. Die neueste Entwicklung illustriert ein Virus namens Stuxnet. Er legte heikle Industrieanlagen lahm. Die noch kurze Geschichte des Internets zeigt die Wechselwirkung zwischen konstruktiver Innovation und destruktiver Anwendung. Sie zwingt die Benutzer in einen für ihre Berufung unproduktiven Wettlauf gegen die Schädlinge.

Das inszenierte Gedächtnis

Eine der Innovationen des Internets waren die sozialen Netzwerke. Im weitesten Sinn sind damit Netzdienstleister gemeint, welche individuelle Konten oder Profile ermöglichen. Auf diesem stellen sich die Benutzer dar. LinkedIn und Xing sind Beispiele der Karrierepflege. Facebook ist derzeit weltweiter Standard für Privatpersonen sowie Vereine, Firmen und Medien. Dort sind insbesondere Fotos abgelegt. Daneben gibt es Kontaktseiten für einsame Seelen oder lokale Netze für das Organisieren von Kinoabenden oder Cervelatsonntagen oder das Bewerten von Restaurants. Allgemeine Angebote wie Youtube für Videos, Flickr für Fotos oder E-Bay für Geschäfte erlauben speziellere Imagepflege. Professionelle Präsenz im Netz umfasst den eigenen Auftritt mit Text und Bild sowie Videosequenzen. Ergänzt wird er durch Profile in Facebook, LinkedIn und/oder Xing, Youtube und Twitter. Deren Autoren stellen sich so dar, wie sie gerne gesehen und geschätzt werden möchten.

Auch diese Technologieträger zeigten verblüffende Nebenwirkungen. So wurden sie zu Symbolen der Freiheit gegen staatliche Tyrannei. Gewitzte Vordenker nutzten die Trägheit der Überwachungsapparate und deren Rückstand gegenüber der Innovation geschickt aus. Soziale Netzwerke werden ebenfalls missbraucht. Hooligans und Wohlstandschaoten sowie

links- und rechtsextreme Gruppierungen mobilisieren codiert über sie.

Der Kern des Problems

Diese trotz unzähliger Warnungen im breiten Publikum wenig bekannten Risiken bergen Gefahren für den Benutzer. Dessen Daten können von jedermann eingesehen und verwertet werden. Dadurch werden Rückschlüsse bis in Einzelheiten möglich. Unterschätzt werden insbesondere Inhalts- und Netzwerkanalysen durch Konkurrenten oder Datendiebe. Gewöhnliche Einbrecher wiederum vertrauen den Abwesenheitsankündigungen. Schlimmer noch, die Informationen können verfremdet wiedergegeben werden. Zudem sind die Profile als Ganzes durch Ausstehende manipulierbar.

Keine Geheimnisse – nur Informationslücken

Selten erleichtern potentielle Opfer ihren Tätern derart die Arbeit wie die Kunden dieser Dienste. Unbedarf werden heisse Fotos von Parties veröffentlicht, zusammen mit Vorlieben und intimen Details. Dazu kommen Unflätigkeiten gegenüber Kollegen, Arbeitgebern oder Institutionen. Unzählige Fälle von Stars, Pädagogen, Bankern und Politikern mit matt gewordener Glanzfassade sind Legende. Selbst normale, unverfängliche Angaben sind potentiell schädlich – gerade in der Politik. Da wird der linke Gesellschaftskritiker zum biedereren Familienvater mit pausbäckigen Kindern im Schulsystem jener Schweiz, die er in seinen Reden so geißelt. Auch die Stellung seiner Frau im Personalwesen einer Investmentbank und das batteriebetriebene Plastikspielzeug «Made in China» werden ersichtlich. Die wackere Sozialdemokratin und Anti-Amerikanerin wird zum Fan amerikanischer Filmschauspieler. Der friedliebende Pazifist wird via Youtube als 1. Mai-Krawallant enttarnt. Auch Blogs, Leserkommentare und Bemerkungen fördern den Selbstverrat. Da wird der Revolutionär zum narzisstischen Wein- und Sushiliebhaber, der Grüne zum Häuschenbesitzer im Grünen mit eigener Zufahrtsstrasse und der bodenständige Basis-SVPLer zum Besucher heisser Afro-Nachtclubs.

Diese Zeugen legen den grundsätzlichen Sachverhalt offen. Vielen Politikern und «Engagierten» geht es weniger um die Sache, als vielmehr um ihr Ego und die individuelle Karriere. Gewiss spielen diese bei jedem Menschen eine Rolle, bei etlichen aber wesentlich mehr als bei anderen. Fatalerweise für die Ertrappten werden neue Einträge rasch mit bereits existierenden verknüpft und kopiert. Deshalb werden Internetinhalte «unsterblich». Selbst Jahre später tauchen sie auf.

Selber schuld

Ausser Gedankenlosigkeit beweisen diese Funde noch etwas anderes. Computer und Internet haben eine Verpflichtung überwunden: Den Drang nach Sorgfalt. Ungleiche Zeilenabstände einzelner Para-

graphen, unausgefeilte Tabellen oder unvollständige Sätze sind die Regel. Oft verbergen sich dahinter gröbere Verfehlungen. So zirkulieren immer wieder mehrere Versionen desselben Dokuments. Irgendwann trennen sie sich bei der Korrektur. Auch dies ermöglicht es noch Jahre später, den Betroffenen Fehler vorzuhalten. Eine weitere Gefahr lauert bei den gezielten Reaktionen. So sind kompromittierende Fotos oder Videos, Entgegnungen auf Einträge oder auch scharfsinnige Gegenanalysen rasch hochgeladen, Störanlässe dank Twitter oder Facebook unauffällig organisiert und im gewünschten Sinne dokumentiert. Die grösste Gefahr lauert in der intelligenten Nutzung der verfügbaren Informationen über einen Politiker. Personenprofile, lückenlose Aufklärung über die finanzielle Situation, systematischer Vergleich zwischen Worten und Taten und ähnliches sind für einen Journalisten problemlos. Auch die Häufigkeit der Namensnennung in den Medien, das Abstimmungsverhalten oder die Anzahl Verweise in anderen Netzauftritten lassen sich verfolgen. Ausgerechnet im schnelllebigen Internet lagern sich die Zeugen des Pfusches, der mangelnden Vorsorge und der Arroganz der gefühlten Sicherheit, nie ertrappt zu werden, für «alle Zeiten» ab. Im Netz verfangen sich zudem unangenehme Widersprüche. Glücklicherweise für die Fehlbaren sind die Misstritte und Inkonsequenzen den meisten gleichgültig. Sehen sie sich etwa im Spiegel?

Was tun?

Wie überall lässt sich das Risiko mit geringem Aufwand erheblich reduzieren. Zunächst sollten Politiker mehr noch als andere bei Form und Inhalt ihrer Webpräsenz vorsichtig sein. Dies trifft insbesondere auf die sozialen Netzwerke zu. Grundsätzlich sollten nur Texte und Bilder gewählt werden, die man dem stänkernden Chef unterbreiten würde. Schlussendlich sollte der Widerspruch zwischen Worten, Bekenntnissen, Taten und Handlungen nicht allzu gross sein. Andererseits muss ein Politiker Kritik, auch unkonstruktive, sowie Angriffen in den neuen Medien ebenfalls begegnen und zu seinem Vorteil ummünzen können. Sein bestes Abwehrmittel ist er selbst.

Eine unvollendete Innovation...

Die fehlende Sorgfalt, ja Naivität in vielen Dingen zeigt etwas kaum Diskutiertes. Der Innovationsprozess der sozialen Netzwerke, ja des Internets an sich, ist noch nicht vollendet. Die für eine wirkliche gesellschaftliche Integration einer Technologie erforderlichen neuen Denkweisen haben noch lange nicht jeden Politiker erreicht. Allzuoft verlassen sich die Mitglieder dieses Berufstandes auf die Sicherheit vergangener Zeiten, als Widersprüche und Vergehen noch unter den Teppich gekehrt werden konnten – und dort zu anonymem Staub zertreten wurden. Politiker und ihr Publikum sollten sich dieser Gefahr bewusst sein. Durch Vorsicht und persönliches Risiko-

management müssen sie sich ihr als Netzlinge anpassen. Gegen den entsprechenden Preis bieten neuerdings Reinigungsdienste die Wiederherstellung des guten Rufs durch Beseitigung der digitalen Spuren von Fehlentwicklungen, Unsorgfalt und Gemeinheiten an. Das Risiko kann wieder wachsen, denn erste Gegenmittel lassen nicht lange auf sich warten. Nicht auszuschliessen sind zudem Tarnfirmen, welche Entsprechendes sammeln und an ihren wahren Kunden weitergeben. Soziale Medien bilden die nächste Etappe im Kampf zwischen Angriff und Verteidigung. Ganz konventionell gilt dort nicht Konrad Adenauers, sondern Bert Brechts Erkenntnis: «Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.»

...selbst morgen noch

Abgesehen entwickeln sich Internet und soziale Medien weiter. Ein erster Anhaltspunkt für deren Zukunft ist der schwindende Einfluss des Kunden auf die Anbieter. Der Benutzer kann nur noch zwischen «Ja» oder «Nein» anklicken entscheiden. Diese Zwangsstrukturierung zeigt sich heute bereits durch die verringerten Chancen für Langzeitarbeitslose oder den Verlust des persönlichen klärenden Gesprächs mit der Krankenkasse oder der Fluglinie. 3D-Bildschirme, Hologramme, Schnittstellen zum längst interaktiven Fernsehen und 3D-Videokonferenzstudios werden uns über diesen zukünftig noch vollkommeneren, allgegenwärtigeren und unumgebareren Mangel hinwegtrösten. Bereits erfüllbar ist die virtuelle Überwindung des Todes. Netzauftritte wie www.stayalive.com werden noch raffinierter. Durch Animationen und künstliche Intelligenz bleiben Verstorbene einschliesslich Stimme und Gestik scheinbar unter uns. Infolge Risiken der sozialen Netzwerke ist weiterhin Vorsicht geboten. Datendiebe und Vandalen werden noch perfider vorgehen. Die Sabotage selbst gut gesicherter Netzauftritte und der Stuxnet-Virus waren nur Anfänge. Die Planungen des ersten vernichtenden Terroranschlags sind längst abgeschlossen. Im kleinen sind etwa die Manipulation von Umfragen respektive die Störung von Online-Datenerhebungen, der «Klickfreunde» von Politikern in den sozialen Medien und natürlich die Inhalte ihrer Profile zu erwarten. Beispiel für das erste ist die Verfälschung von Bewertungen, für das zweite das Hinzufügen des Veteranenverbandes der DDR-Grenztruppen für einen SP-Politiker, für das dritte das Vermelden der Teilnahme an rassistischen Kongressen für einen rechtsbürgerlichen Politiker. Auf allen Stufen haben Cyber War und Virtual Terrorism auch gegen die sozialen Netzwerke begonnen.

Derartige Desinformationen sind umso perfider, je plausibler sie erscheinen. So würde etwa das Assoziieren einer mit einem Geschäftsmann verheirateten CVP-Politikerin mit antidemokratischen Facebook-Gruppierungen aus dem Irak sofort als Eingriff er-

kannt, eine solche mit einem bürgerlichen Referendum gegen die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge bei den Sozialabgaben möglicherweise nicht. Fingierte Kritiken am oder brisante Interna aus dem Betrieb ihres Mannes blieben zumindest für die entscheidenden ersten Stunden unentdeckt.

Was wirklich zählt

Auch Politiker sind Menschen. Sie bleiben ihrer Berufung treu. Dazu gehört nun einmal die Selbstdarstellung. Gerade deswegen passen sie sich den neuen Kanälen an. Abgesehen vom persönlichen Netzauftritt sind die Benutzerprofile mehr und mehr vorgegeben. Gerade diese Standardisierung könnte die Politik dem Bürger wieder annähern. Die Lebensbilder werden direkt miteinander vergleichbar. Suchmaschinen für Politiker, die zum persönlichen Weltbild, aber auch Wohntyp und Einkommen passen, gibt es ansatzweise bereits. Zukünftig blickt der Wähler auf Klick (respektive Berühren des Tablet-Screens oder Fingerschnippen im dreidimensionalen Holobereich des Datensichtgeräts) auf das Sein hinter dem Schein des Kandidaten. Dazu gehören auch die automatische vergleichende Auswertung von Reden, Kommentaren und Medienberichten.

Gerade diese erzwungene Standardisierung in den zukünftigen sozialen Medien von morgen wird möglicherweise das klassische Dilemma demokratischer Entscheidungsprozesse entschärfen: «Ob eine Regierung gut ist, hängt nicht von den Gesetzen ab, die sie erlässt, sondern von den persönlichen Qualitäten der Regierenden. Die Regierungsmaschinerie ist stets dem Willen jener, die sie steuern, unterworfen. Das allergrösste Problem ist es also, eine Methode zu finden, um gute Führungskräfte zu erkennen.» Derzeit ist dies erst ein Zitat des Science Fiction-Autors Frank Herbert.



Daniel Stanislaus Martel

Dr. Daniel Stanislaus Martel promovierte an der Universität Genf. Hauptberuflich ist er Dozent für Risikoanalyse, Geschäftsethik und Management beim Dunya Institute of Higher Education in Kabul und der University of Management, Economics and Finance (UMEF) in Genf. Bei beiden ist er Mitglied des Rektorats. Ferner unterrichtet er Bankstrategie bei AKAD. Daneben ist er Fachjournalist für Aviatik, Technologie und Geopolitik. Seine Beiträge erscheinen unter anderem in Skynews.ch, RMS Revue Militaire Suisse und Point de Mire. Schliesslich ist er als Trendscout und Ideenentwickler für Start-Up-Unternehmen aktiv. Daneben hält er Vorträge.

Neue Studie von swissfuture

swissfuture beschreibt in vier Szenarien künftige Wertelandschaften und ihre Auswirkungen auf die Schweiz von 2030.

Wertewandel in der Schweiz 2030

Vier Szenarien

- Welche Werte werden der Schweizer Bevölkerung wichtig sein, falls der Wohlstand bis 2030 spürbar sinkt?
- Was wird uns wichtig, wenn die Sicherheit im öffentlichen Raum nicht mehr gewährleistet ist?
- Wie werden wir mit der Verdoppelung der Anzahl Pensionierter umgehen?
- Wie wirken sich die digitale Revolution und die Globalisierung auf die Werte in der Schweiz aus?

Die Szenarien zur Zukunft der Schweiz wurden von einem Forschungsteam von swissfuture unter der Leitung des Zukunftsforschers Georges T. Roos erstellt. Sie basieren auf den Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik – und zeigen auf, wie die Gesellschaft 2030 unter den verschiedenen Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung funktionieren wird.

Parallel dazu entstanden Vertiefungsstudien, welche die Folgen der vier Szenarien für bestimmte Fragen umfassender darstellen.

Die Studie kostet 50 CHF (inklusive einer Vertiefungsstudie nach Wahl), swissfuture Mitglieder bezahlen lediglich 25 CHF (inklusive einer Vertiefungsstudie nach Wahl); zzgl. Versandkosten von 5 CHF. Zusätzliche Vertiefungsstudien sind zum Preis von 20 CHF erhältlich.

Gerne nehmen wir Ihre Bestellung per Email an future@swissfuture.ch entgegen.

Einblick in die Studie und Vertiefungen auf www.swissfuture.ch

swissfuture

ABSTRACTS

Regula Stämpfli

Facets of E-Democracy

E-Democracy transforms the political situation. It allows participation and democratization: Users change the political setting – as for example in the arabian world in the beginning of this year. But apart from this aspect of participation and democratization there is the risk of a reductionism: Political events are no more understood but they are measured – with arithmetic logic units, with rankings, and numeric combinations. The consequence of this is a form of alienation – a loss of the real world. The author's thesis is, that the user has to become a citizen.

Keywords: Democratization, E-Democracy, Media, Participation, Politics, Power, Revolution, User

Page: 3

Janine Maier

The Internet in autocratic States – A Tool for Democratization?

Cyberoptimists claim that the Internet enhances democracy, especially in autocratic states. Being a many-to-many broadcasting tool, it is easy to use for opposition groups to organize themselves but hard to censor for the repressive government. In Arab states censorship is widely used, especially self-censorship. Nonetheless Internet was successfully used by the pro-democratic April 6 Movement in Egypt to reach their goals. For opposition groups Internet can provide a helpful tool even more in the future, when penetration of Internet use grows further.

Keywords: April 6 Movement, Autocratic States, Egypt, Freedom, Internet, Human Rights

Page: 7

Stephan Eisel

The Overestimation of political Internet Utopia

Since the Internet exists there is the myth that this new media will mobilize more citizens for politics and activate their participation in political processes. But in most cases people already interested in politics discuss and dispute in the Internet. They have the tendency to overestimate the role of politics in the Internet, because they forget that most people are less interested in politics than they are themselves.

Keywords: Democracy, Electronic Voting, Internet, Political Mobilization, Potential of Voters, Technical Affinity

Page: 12

Philipp S. Müller

State in the Internet: What would Machiavelli advise today?

New technologies change society, and this is a challenge for states. The author sees the solution in an «open statecraft», which allows participation in combination with a hierarchic structured direction. This needs the organisation to practise a politics of transparency. For example Geodata, which are produced by processes in economy and administration, could become public. This would create new values.

Keywords: Geodata, Open Government, Machiavelli, State, Transparency, 21st century

Page: 19

Gottfried Boehm

The power of the Pictures

Pictures and photographs do not represent the world, but they create a new reality. The pictures of 09/11 are a good example for this thesis, as they are called to be icons. The Art Historian Gottfried Boehm analyzes these icons and claims that they have an universal and concurrent presence. The pictures of 09/11 are cruel, but at the same time they are ambiguous and they make association and political speculation possible.

Keywords: 09/11, Pictures, Icons, Media, Power

Page: 22

Daniel Stanislaus Martel

Backdated into Eternity

Politicians are inconsequent for various reasons. Two of them are their personal ambitions and motivations. But for some ten years the social media have brought a new transparency. The proliferation of this new media creates new risks – especially for politicians who are exposed. The internet keeps track of everything. Politicians may become victims of their own past. What is more, websites as well as personal profiles might be manipulated. Phenomena like Cyber Crime and Virtual Terror and other risks affect the new ways of communication through social media and social networks. This is particularly true for politicians. The internet keeps many traces alive.

Keywords: Cyber War, Innovation, Manipulation, Personal Profiles, Social Media, Virtual Terrorism

Page: 25

NEWS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

SAGW Jubiläumspreis 2012

Die SAGW fördert mit dem Jubiläumspreis den forschenden Nachwuchs in Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Auszeichnung geht an junge Forschende in der Schweiz, die einen exzellenten Artikel in einer wissenschaftlichen Fachpublikation veröffentlicht haben. Das Dossier sollte bis 15. Dezember 2011 an die folgende Adresse geschickt werden:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Jubiläumspreis
Postfach 8160
3001 Bern

Die Teilnahmebedingungen sind unter www.sagw.ch/jubilaeumspreis einzusehen.

Die Kontaktperson ist Martine Stoffel, 031 313 14 55, martine.stoffel@sagw.ch

Neues Magazin: Trend-Update

Matthias Horx ist in der Zukunftsforschung kein Unbekannter. Der Mitbegründer vom Trendbüro in Hamburg startete 1998 das «Zukunftsinstitut» in der Nähe von Frankfurt; ein Think Tank für Zukunftsforschung, Strategie- und Innovationsentwicklung. Nun hat Horx die Zeitschrift «Trend-Update» lanciert, in der jeweils ein gegenwärtiger Schlüsseltrend behandelt wird – im Oktober zum Beispiel «Dataismus – Wie aus dem Datenmeer ein neues Weltbild hervorsteigt». Als Co-Autor fungiert Holm Friebe, Gründer der «Zentralen Intelligenz Agentur» in Berlin und des Blogs «Riesenmaschine». Trend-Update erscheint monatlich und kostet 149 Euro pro Jahr.

www.trend-update.de

Transdisziplinäre Perspektiven auf Religion, Politik und Ökonomie

Schon der Soziologe Emile Durkheim machte darauf aufmerksam, dass moderne Gesellschaften von einer zunehmenden Differenzierung geprägt sind: «Der Jurist, der Soziologe, der Anthropologe, der Ökonom, der Statistiker, der Linguist und der Historiker gehen an ihre Forschungen heran, als ob die verschiedenen Tatsachenbereiche, die sie studieren, ebenso viele unabhängige Welten darstellen.» Allerdings gibt es in den Wissenschaften auch die Gegenteilstendenz; nämlich Versuche, diese hohen Spezialisierungen zu überwinden, was mitunter als Inter- oder Transdisziplinarität definiert wird – und was in der Zukunftsforschung gang und gäbe ist. Das «Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik» – eine Kooperation der Universitäten Basel, Lausanne, Luzern und Zürich sowie dem Collegium Helveticum – folgt diesem Ansatz. Der kürzlich veröffentlichte Sammelband bildet verschiedene Sichtweisen auf die Phänomene Religion und Religiosität ab. Der Religionswissenschaftler Detlef Pollack etwa hält in einem Beitrag an der Säkularisierungsthese fest, die im Zuge der viel diskutierten «Rückkehr der Religionen» im vergangenen Jahrzehnt stark kritisiert und relativiert wurde. Er zitiert eine Studie vom Werteforscher Ronald Inglehart, die besagt, dass mit zunehmendem Bruttonettoprodukt Religion und Religiosität abnehmen. Dies würde zum Beispiel bedeuten, dass die hohe Religiosität in sozial aufsteigenden Schichten in Südamerika oder Nigeria nur ein Übergangsphänomen wäre – und mit der Zeit verschwinden würde. Der Ökonom und Glücksforscher Bruno S. Frey behandelt in seinem Beitrag die «aussermarktliche Ökonomik», während der Soziologe Jörg Stolz dem Nutzen und den Grenzen der Theorie der rationalen Wahl innerhalb der Religionssoziologie nachgeht. In Anbetracht der globalen Politisierung von Religion – man denke an die Tea Party in den USA, an einen erstarkenden Islam im arabischen Raum oder das wertkonservative Pfingstlertum in der südlichen Hemisphäre unserer Erde, das mitunter als «Pentecostal Tsunami» bezeichnet wird – sind diese Fragen höchst zukunftsrelevant.

Liedhegener, Antonius/Tunger-Zanetti, Andreas/Wirz, Stephan (Hg.), 2011: Religion – Wirtschaft – Politik. Forschungszusammenhänge zu einem aktuellen transdisziplinären Feld. Zürich, Pano Verlag.

VERANSTALTUNGEN

Fachtagung

«**Public Space? Virtual Space!**»

Der öffentliche Raum im digitalen Zeitalter

8. November 2011

Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

Informationen und Anmeldungen unter: www.hslu.ch/oeffentlicherraum

Zukunftsinstitut: Trend-Seminar

«**Konsumententrends – Das neue Verhältnis zum Kunden**»

8. November 2011

Kelkheim bei Frankfurt

www.zukunftsinstitut.de

5. Zukunftskreis Politik & Wirtschaft

«**Europas Chancen in Technologie und Wissenschaft**»

30. November 2011

Bayerischer Hof, München

www.frankfurter-zukunftsrat.de

SC NAT Wie Forschende über die Zukunft reden

«**Kristallkugeln 2.0**»

Forschung gestaltet Zukunft. Die Medien, Forschungsförderer, Politik, Wirtschaft und schlicht die Öffentlichkeit verlangen deshalb von Forschenden stets den Blick in die «Kristallkugel»: Welche Resultate sind zu erwarten?

Was bedeutet dies für die Gesellschaft?

Mittwoch, 14. Dezember 2011

Kuppelsaal der Universität Bern (Hauptgebäude hinter dem Bahnhof)

http://www.scnat.ch/d/aktuell/kristallkugeln_2.0/Programm/

GfM Brush Up zum Jahresauftakt 2012

«**Megatrends 2012**»

Referent: Matthias Horx

19. Januar 2012, 12 bis 14 Uhr

20. Januar 2012, 12 bis 14 Uhr

Anmeldung und weitere Informationen unter

www.gfm.ch/de/veranstaltungen

16. Deutscher Trendtag (in Kooperation mit dem 8. European Consumer Trend Conference des Gottlieb Duttweiler Instituts)

«**Beziehungskonsum und Liebe**»

14. März 2012

Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon

www.trendtag.de

www.gdi.ch

22. GfM Marketing-Trend-Tagung

«**The Future of Marketing**»

28. März 2012, 9 bis 17 Uhr

Kongresshaus Zürich

www.gfm.ch/de/veranstaltungen

World Future 2012

«**Dream. Design. Develop. Deliver**»

27. bis 29. Juli 2012

Toronto, Canada.

www.wfs.org

4th Global Risk Forum Davos

«**Integrative Risk Management in a Changing World – Pathways to a Resilient Society**»

28. bis 30. August 2012

Kongresszentrum Davos

www.grforum.org

Zitate im Text

Für eine Literaturangabe ist in Klammern der Nachname des Autors, das Publikationsjahr sowie (im Fall von direkten Zitaten in Anführungszeichen) die Seitenzahl anzugeben. Wird der Name des Autors bereits im Text genannt, wird nur das Publikationsjahr (und die Seitenzahl) in Klammern angegeben.

Beispiele:

...Goffman (1974: 274-275)...

Literaturverzeichnis

Im Literaturverzeichnis werden alle zitierten Werke aufgeführt. Es ist alphabetisch nach den Nachnamen der AutorInnen zu ordnen, deren voller Name angegeben werden sollte. Zwei oder mehr Werke desselben Autors/derselben Autorin sollten chronologisch nach Publikationsjahr geordnet werden.

Beispiele:

Monographie – ein Autor bzw. eine Autorin

Goffman, Erving (1974): Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrung. Frankfurt: Suhrkamp.

Monographie – zwei oder mehr Autoren oder/und Autorinnen

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann (1966): The social construction of reality: A treatise in the Sociology of Knowledge. Garden City, NY: Anchor.

Sammelband

Maso, Ilja (2001): Phenomenology and Ethnography (136-174), in: Paul Atkinson, Amanda Coffey, Sara Delamont, John Lofland und Lyn Lofland: Handbook of Ethnography. London: Sage.

Zeitschriftenartikel – ein Autor bzw. Autorin

Albert, Ernest (2011): Über Backlash, Neukonstellationen und einige Schweizer Wertentwicklungen, in: swissfuture 01/11: 4-7.

Zeitschriftenartikel – zwei oder mehr AutorInnen

Jensen, Carl J. und Bernhard H. Lewin: The World of 2020: Demographic Shifts, Cultural Change and Social Challenge, in: swissfuture 01/09: 36-37.

Zeitungsartikel

Wehrli, Christoph (22. Juli 2011): Vielfalt und Gleichheit im Einwanderungsland (S. 11). Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Artikel in elektronischer Form – Zeitschrift

Schnettler, Bernd (2002): Review Essay – Social Constructivism, Hermeneutics, and the Sociology of Knowledge, in: Forum Qualitative Sozialforschung 3(4), <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/785> (27. Juli 2011).

Artikel in elektronischer Form – Zeitung

Dätwyler, Tommy (27. März 2008): Neues Leben auf alten Inkapfaden, in: Neue Zürcher Zeitung, http://www.nzz.ch/magazin/reisen/neues_leben_auf_alten_inkapfaden_1.695490.html (27. Juli 2011).

Auf einer Website veröffentlichte Informationen

Bundesamt für Statistik (2010): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz 2010 2060. Neuenburg: BFS. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=3989> (27. Juli 2011).